

L a g e b e r i c h t

Aufarbeitung der Rückbestände:

Die Zweitschriften des Geburtenbuches, des Heiratsbuches und des Sterbebuches 1946 sind zur Hälfte fertiggestellt. Diese Teile müssen noch mit der Erstschrift verglichen werden.

Weiter sind noch Mitteilungen von auswärtigen Behörden einzutragen, sowie Benachrichtigungen an auswärtige Behörden zu erstatten.

Statistischer Überblick:

In den letzten 3 Monaten wurden

48	Eheschließungen
60	Sterbefälle
73	Geburten

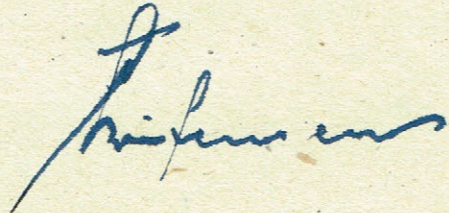
beurkundet.

Sonstiges:

Neben den standesamtlichen Arbeiten wird noch die Aktion für die Bezahlung der Leihmöbel durchgeführt. Da die Preise der Möbel im Allgemeinen als zu hoch angesehen werden, sind hier gewisse Schwierigkeiten zu verzeichnen.

Es wird gebeten, für die Erledigung der vorkommenden Arbeiten Frl. Grabow von dem Schreiben der Brennstoffbezugskarten zu befreien, da Herr Zmieszkol in der fraglichen Zeit noch Urlaub hat.

Besondere Vorkommnisse sind nicht zu melden.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. Grabow', written in a cursive style.

Datum	Hühnereier		Stück	Ausgezahlter Betrag		Unterschrift des Sammlers	Bemerkungen
	Kilogramm	Gramm		RM	RM		
	Die frühmorgens fast 1000 aufrecht verfliegen. Die kalorienzahl von 1553 im März 1947 ist bekannt ist mit einem an auf 775 geprüft.						
	Zusatz von				10700 g		
	auf die frische				6000		
	Kleber an				500 g		
	auf die frische				400 g		
	kalorien an				1500		
	auf die frische				580 g		

Eierablieferungsbescheid

(nur für Eierselbstversorger)

Auf Weisung des Britischen Hauptquartiers hat jeder Hühnerhalter auch für die Hühner Eier abzuliefern, die nur für seinen eigenen Haushalt gehalten werden. Es ist jeder, der Hühner hält, verpflichtet, für die Selbstversorgerhühner

10 Eier je Tier bis zum 15. September 1946

abzuliefern. Selbstversorger in Eiern ist jeder Hühnerhalter, gleichgültig, wieviele Tiere gehalten werden.

Wer sich seiner Eierablieferungspflicht entzieht, wird neben sonstigen Strafen mit Entzug seines Geflügelbestandes zu rechnen haben.

Die über Selbstversorgeranspruch hinaus gehaltenen Hühner werden von dieser Abgabe nicht betroffen; für diese ist jedem Ablieferungspflichtigen ein Ablieferungsbescheid zu Beginn des Eierwirtschaftsjahres bereits zugegangen.

Dieser Eierablieferungsbescheid ist am 30. September 1946 der zuständigen Kartenausgabestelle auf Anforderung auszuhändigen.

Name

Wohnung

Sammler

Kennzeichnungsstelle

Hennenzahl, abzuliefernde Eier

**Elmshorner Eier- u. Geflügel-
Verwertungs-Gesellschaft e.G.m.b.H.
Elmshorn i. Holst., Sandberg 56**

Datum	Hühnereier		Stück	Ausgezahlter Betrag		Unterschrift des Sammlers	Bemerkungen
	Kilogramm	Gramm		RM	Port		
							<p>Die Kartoffelabrechnung wurde beauftragt wurde. Die Hauptsumme, die für die Kartoffel mit anderen Waren zusammen zu führen die Rechnung zeigen. Nicht aufgeführt wurde Kartoffel nicht beauftragt wurde ist nicht für die die 100. Port. wurde von 4:1 mit Boot beauftragt. Die in 101. P. gab es 4 kg Ru. pro Kopf in der 102. P. auf Abbruch Nr 3. Kartoffel lasten zu 500 g pro Kopf beauftragt. Die Kartoffelabrechnung der Lieferanten lasten sind nicht aufgenommen worden.</p>

~~die Fütterung~~ 72

Datum	Hühnereier			Ausgezahlter Betrag		Unterschrift des Sammlers	Bemerkungen
	Kilogramm	Gramm	Stück	RM	Pf		
							In der Kuckuckzeit ist nicht möglich die ihre 70-jährigen Werte einen guten Vergleich angebracht zu ermöglichen da diese alten Hühner fast 1/4 l Hallen, gewichtet wird.

[illegible]

Wedel, den 27.6.47

Lagebericht des Bezugscheinamtes.

Die bekannten Mißstände im Bezugscheinamt bestehen immer noch weiter. Die Zahl der eingehenden Anträge läßt sich bei den geringen Kontingenten überhaupt nicht bearbeiten. Es liegen z. Z. schätzungsweise 8000 unerledigte Anträge vor. Bisher war es nur möglich, Beschwerden, die an den Herrn Bürgermeister bzw. Stadtdirektor herangetragen wurden, nach eingehender Prüfung zu erledigen, und die Antragsteller mit Bezugsmarken zu versorgen. Alle normal eingehenden Anträge konnten wegen Kontingentmangel nicht bearbeitet werden. Z.Z. ist eine Antragsannahmesperre bis zum 31. Juli 1947 verhängt. Für besonders dringende Fälle und für Beschwerden hält der Verteiler-Beirat jeden Dienstag von 8³⁰ Uhr - 11 Uhr Sprechstunden ab.

An Spinnstoffwaren sind rund 549 Bezugsmarken,
an Schuhwaren)Burschen u. Kinder) 255 "

zur Verteilung gekommen.

An Hausrat ist fast garnichts ausgegeben worden. Ein geringes Schuhkontingent und Fahrradbereifung für den Monat Juni 1947 ist eingetroffen und kommt in der nächsten Woche zur Verteilung.

An Konservendosendeckel sind rund	10 000 Stück,
an Konservendosen	2 000m " und
an Weckgläser rund	1 200 "

ausgegeben worden. Weitere 5 000 Konservendosendeckel werden in der kommenden Woche verteilt.

F. A.:
L. Hübner

an 3/i.

Wedel, den 27. 6. 1947

Herrn
Stadtdirektor,
im Hause.

Betr.: Lagebericht.

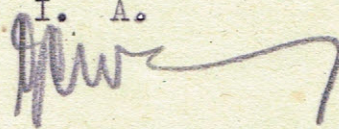
Die ab 1.6.1947 in Kraft getretene Erhöhung des Einsatz- und Räumungs-Familien-Unterhalts wurde von der Mehrzahl der Empfänger freudig begrüßt. Wenn sie auch noch lange nicht den gesteigerten Lebenshaltungskosten entspricht, bedeutet sie doch für viele eine spürbare Entlastung.

Die Angelegenheit der Ausweise für bevorzugte Abfertigung wird immer wieder lebhaft kritisiert. Es ist dringend notwendig, daß die Polizei öfter Kontrollen bei den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften durchführt und ungültige Ausweise einzieht.

Das Publikum äußert sich im allgemeinen in den Diensträumen wenig über die allgemeine Lage, obgleich immer wieder Klagen über die mangelhafte Ernährung laut werden.

Besondere Vorfälle haben sich in der Dienststelle sonst nicht ereignet.

I. A.



Die Stadtkasse.

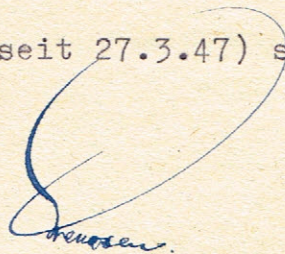
Wedel, den 27.Juni 1947.

An

Dienststelle I,1.

Lagebericht.

Während der Berichtsperiode (seit 27.3.47) sind besondere Vorkommnisse nicht zu verzeichnen.



Stadtreutmeister.

Lagebericht:

Bombenschaden:

Die Lage im baulichen Sektor ist nach wie vor äusserst schwierig. Für die Beseitigung von Bombenschäden stehen Materialien so gut wie überhaupt nicht zur Verfügung. Ausserdem werden nur beschränkte Geldmittel bereitgestellt für das sogenannte Notwohnungsprogramm, d.h. also für eine notdürftige Befestigung und Herrichtung beschädigten Wohnraums.

Behelisuunterkünfte:

Die Winterschäden konnten grösstenteils beseitigt werden. Die Arbeiten werden fortgesetzt. Gleichfalls wird mit der Instandsetzung der Dächer fortgefahren. Es fehlt allerdings hierzu nach wie vor an der benötigten Pappe, so dass nur zögernd Fortschritte erzielt werden können. Ebenso fehlt es an Glas, Zement und Installationsmaterial für die Baracken. Ein besonderes Problem bildet die Entwässerungsanlage. Trotz aller Bemühungen die bereits im vergangenen Sommer einsetzten, konnten die ausserordentlichen Mängel an den Abwässerleitungen nur notdürftig beseitigt werden. An sich wäre eine völlige Neuverlegung geboten. Es fehlt aber an Material. Das für das 4. Quartal 1946 und das 1. Quartal 1947 bereitgestellte Zementkontingent konnte mangels Zement nicht ausgeliefert werden und sind nach einer kürzlich erfolgten Mitteilung des Hauptbeauftragten für Kanalisation verfallen. Weitere Materialien für 1947 stehen bisher noch nicht zur Verfügung.

Trümmerbeseitigung:

Mit der Beseitigung der Trümmer aus den Strassen wird fortgefahren. Mit der Firma J.D. Möller wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die Firma der Stadt die Ruinen auf dem Zuckerfabrikgelände zur Räumung kostenlos überlässt. Die brauchbaren Steine werden für das Siedlungsvorhaben am Krons Kamp verwandt, die Steinbrocken übernimmt die Firma Gayen. zur Fertigung von Bausteinen.

Schulen:

Das Dach der Schule A-B-C-Strasse wird vollkommen überarbeitet. Bei der Schule Schalstrasse werden einige Notaborte aufgestellt.

Bauvorhaben Krons Kamp:

Das Siedlungsvorhaben am Krons Kamp macht gute Fortschritte. Die Baugesuche liegen grösstenteils dem Kreisbauamt in Pinneberg bereits vor. Wasserleitung ist verlegt. Einige Siedler haben mit den Bauvorarbeiten bereits begonnen und sind z.Zt. mit dem Bergen von Steinen auf dem Zuckerfabrikgelände beschäftigt.

Bauvorhaben Siedlungsgenossenschaft "Eigenheim":

Das Bauvorhaben der Siedlungsgenossenschaft "Eigenheim" ist z.Zt. noch in der Planung begriffen. Entgegen der ursprünglichen Absicht 10 Einzelhäuser mit 20 Wohnungen zu errichten, hat sich die Siedlungsgenossenschaft nunmehr doch entschlossen, aus Gründen der Materialersparnis 4 Wohnblocks zu errichten. Das Gelände hierfür konnte durch die Stadt beschafft werden. Möglicherweise kann die Durchführung für einen Wohnblock noch in diesem Jahr begonnen werden, Allerdings ist die Materialfrage noch nicht restlos gelöst.

Siedlungsgelände Moorweg:

Um dem Bauwillen einzelner Siedlungswilliger entgegenkommen zu können, wurden Verhandlungen mit dem Gutsbesitzer Hardt aufgenommen, um ihn zur Bereitstellung von Siedlungsgelände zu bewegen. Hardt ist bereit, ein ungefähr 2,5 ha umfassendes Gelände am Moorweg gegen Kaufzusage an die Stadt zu verpachten. Annehmbare Bedingungen konnten erreicht werden. Es wird möglich sein, auf dem traglichen Gelände 40 Kleinstsiedlern eine Ansiedlungsmöglichkeit zu geben. Auch dürfte es möglich sein, dort in diesem Jahr noch einige behelfsmässige Siedlungen zu erstellen.

Schulhausneubau:

Die Wettbewerbsbedingungen wurden durch das Stadtbauamt ausgearbeitet und die erforderlichen Planunterlagen gefertigt. Die Ausschreibung ist kürzlich hinausgegangen. Bisher haben sich ungefähr 50 Wettbewerbsteilnehmer gemeldet.

Turnhalle Bergstrasse:

Die beim Luftangriff beschädigte Turnhalle Bergstrasse wurde wieder hergestellt, kann allerdings für den Sportbetrieb z.Zt. noch nicht freigegeben werden. Es werden z.Zt. Umkleideräume und ein Sitzungszimmer eingerichtet. Die Anfertigung von Möbeln wird sich in bescheidenem Umfange ermöglichen lassen.

Jugendheim Hübüschentwiete:

Die baulichen Arbeiten sind fertiggestellt, ebenso wurde die Gartengestaltung vollendet. Die Beschaffung des Inventars stößt jedoch noch auf Schwierigkeiten. Eine behelfsmässige Einrichtung wird sich aber ermöglichen lassen.

Sämtliche Beschlüsse der Ratsversammlung bzw. des Bauausschusses sind bereits durchgeführt oder befinden sich noch in der Durchführung.

W e d e l, den 27.6.1947
Stadtbauamt:

Wedel

Be

Hauptverwaltung:

Wesentliche größere Veränderungen im Personalbestand der Stadtverwaltung, -einschl. den Stadtwerken und der Stadtparkasse, - sind nicht vorgenommen worden.

Für das städt. Krankenhaus ist ein betrüblicher Verlust dadurch eingetreten, daß Ass.-Arzt Herr Dr. med. Harl-Heinz S c h w a r z infolge einer Erkrankung verstorben ist. -

Seit Anfang Juni sind zwei weitere Volontärärzte, und zwar Dr. med. G u z y und Schreyer beim städt. Krankenhaus beschäftigt. Sie erhalten dem seinerzeitigen Beschluß des Hauptausschusses entsprechend ein monatliches Taschengeld von 50.- RM neben freier Station. -

Da aus den eingegangenen Bewerbungen um die ausgeschriebene Stelle des Stadtplaners (Angestellter der Vergütungsgruppe V TO A.) hervorgeht, daß kein geeigneter Bewerber bereit ist, dieses Aufgabengebiet für die genannte Vergütung zu übernehmen, ist seitens des Hauptausschusses beschlossen worden, diese Vergütung auf Vergütungsgruppe IV TO A. zu erhöhen. Der Stellenplan ist entsprechend geändert.

Im Stellenplan der Stadtwerke sind infolge eines dringenden Bedürfnisses 2 weitere Angestelltenstellen und zwar 1 Ableser u. Kassierer - TO A X- und 1 weibliche Hilfskraft für den Buchungsbetrieb - TO A IX- geschaffen worden, von denen die des Ablesers und Kassierers bereits durch Angestellten B e h l besetzt wurde. -

Die ausgeschriebene Stelle des Vollziehungsbeamten ist durch den früheren Feldhüter und bereits als Stellvertreter längerer Zeit mit den Amtsgeschäften des Vollziehungsbeamten betrauten Angestellten Ernst K a s t n e r übertragen worden. (Vergütung erfolgt weiter als Angestellter in Vergütungsgruppe VII TO A. -

Mit Termin zum 30. 6. d. J. war seitens der Landesregierung Schleswig-Holstein (bezw. des Statistischen Amtes für die Britische Besatzungszone auf Grund der Verordnung Nr. 71 der Militärregierung) eine Personalstandserhebung nach dem Stichtag 31. 5. 47 angeordnet worden, bei der für jeden ständigen Beschäftigten bei der Stadtverwaltung (einschl. der Stadtparkasse und den Stadtwerken - Angestellte, Beamte und Arbeiter - ein besonderes Personalzählblatt mit 21 Fragen über Personalien, früherer Hauptberuf, schul- und verwaltungsmäßige Vorbildung und z. Zt. bestehende Beschäftigungsverhältnisse auszufüllen war. - Die Durchführung ist erfolgt. - Abgabe der Erhebungsunterlagen an Kreisverwaltung-Hauptamt- Pinneberg. -

Irgendwelche Vorgänge oder Vorfälle politischer Art von Bedeutung sind in der Hauptverwaltung nicht zu verzeichnen.

Wedel, den 30. 6. 47



Der Stadtdirektor

Wedel, den 1. Juli 1947

Herrn

Bürgermeister

im Hause

Betr.: Lagebericht für den Monat Juni 1947

Seit meinem letzten Bericht im März 1947 hat sich die kritische Lage nicht nur auf den Gebieten der Ernährung und der Wirtschaft geändert; sondern vielmehr noch verschärft. Alle Hoffnungen, die man auf die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in München und neuerdings auch auf den Marshall-Plan setzt, sind doch noch Strohhalme, nach denen zwar ein jeder greift, der in Gefahr steht, zu ertrinken. Bedauerlich ist, dass wahrscheinlich die Aussenministerbesprechung in Paris als gescheitert anzusehen ist. Auf diese Besprechungen setzt nicht nur das deutsche Volk, sondern auch ganz Europa seine Hoffnungen. Es ging in Paris darum, einen Weg zur Voraussetzung der Erfüllungen zu finden, die Amerika durch den Mund ihres Aussenministers Marshall für die Gewährung einer durchgreifenden materiellen Europahilfe nannte:

Einen Weg zur europäischen Einigkeit in den grossen Fragen seines wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Jedenfalls zeigt die Tatsache, dass sich die grossen Nationen Europas gefunden haben, diese Probleme der Gegenwart jetzt zu prüfen und wir wollen hoffen, dass auch bei ihnen das Bewusstsein dafür geweckt wird, dass ein Deutschland doch noch im Herzen Europas liegt, wenn es auch noch so zerschlagen ist.

~~das die Not tut. Die Konferenz hat kein Ergebnis erzielt. Sie ist als gescheitert zu betrachten. Es bleibt abzuwarten.~~
Allgemeines. *warum wie sich die Dinge entwickeln.*

2 Pfund Brot und 1 Pfund Nahrungsmittel, das war die ganze Lebensmittelzuteilung eines Normalverbrauchers, die zu Beginn der 4. Woche der 102. Zuteilungsperiode aufgerufen wurde. Als die gesamte schaffende Bevölkerung gegen diese unzureichenden Rationen z.T. durch Streiks protestierten, als alle verantwortlichen Stellen in den Städten, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern nachdrücklichst auf die unübersehbaren Folgen solchen Hungerlebens hinweisen, betrug die Wochenration immerhin noch 1.500 g Brot. Das ist nun aber schon einige Wochen her. Aus den Zeitungsberichten konnte man ersehen, dass sogar Stadtparlamente aus Protest aufhörten zu arbeiten. Was hat sich nun inzwischen geändert? Ich muss hierauf sagen: nichts. Im Gegenteil, die Rationen in Brot wurden herabgesetzt. Das Echo auf diese Ankündigung seitens der Bevölkerung ist nur schwach gewesen. Ich bin der Ansicht, dass nach dem Fehlschlagen aller Proteste der Glaube der Bevölkerung an eine Wiedergesundung auf ein Minimum gesunken ist. Wenn man heute die Menschen über die Ernährungslage sprechen hört, so sieht man bei allen abwährende Gesten. Die Ernährungslage ist in ein dera-artiges Stadium eingetreten, dass nur noch eine Hilfe von aussen für diese armen gequälten und verzweifelten Menschen möglich ist. Die Stadtverwaltung kann täglich

herzzerreissende

herzzerreissende Scenen schildern, die sich nicht nur in Sachen der Ernährung sondern auch auf den Gebieten der Wirtschaft und des Wohnungswesens abspielen. Der ganze Widersinn des gegenwärtigen Versorgungssystems wird an unzähligen Beispielen offenbart. Am traurigsten aber ist die Tatsache, dass alle die vielen Menschen, die unter diesen Schwierigkeiten leiden, die krank geworden sind, an Unterernährung leiden, sich nicht mehr zu erholen vermögen. Auch die Ärzte sind nicht mehr in der Lage, diesen Menschen mit ihren kranken verbrauchten Körpern zu helfen. Der Arzt weiss, dass bei vielen jegliche Hilfe vergeblich sein wird, und dass es nicht nur die Tragik seines Berufes ist, sondern die des ganzen Volkes. F

Nach dem Abschluss der Münchener Konferenz sind in der bayrischen Hauptstadt und in Berlin von deutschen Regierungschefs, die noch nicht den Weg zueinander fanden, Erklärungen abgegeben worden, die bei aller Gegensätzlichkeit eines gemeinsam haben: Die Hoffnung, dass der Riss quer durch Deutschland nicht endgültig sei. Wir wollen hoffen, dass die umfangreichen Vorschläge zur Behebung der Not des deutschen Volkes, die als Ergebnis der Münchener Beratungen ausgearbeitet wurden und in Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen durchzuführen sind. Einen Erfolg kann man doch auf dieser Konferenz verzeichnen, die deutschen, obgleich 2 Jahre durch künstliche Grenzen voneinander getrennt, lernen sich wieder kennen und verstehen. Der Westdeutsche erfuhr von dem Flüchtlingselend in Schleswig-Holstein, von dem Hungern in der französischen Zone, von dem katastrophalen Gesundheitszustand in Berlin. Alle Delegierten der anderen Teile Deutschlands wurden über die Not und die Hungerrationen in der britischen Zone unterrichtet. Das alles bewies den ernstesten ~~Sinn~~ Willen der Konferenzteilnehmer. Die künstlichen Zonenschranken wieder zu reissen oder wenn dieses im Augenblick noch nicht möglich sein sollte, doch die Politik im eigenen Lande unter Berücksichtigung der Bedürfnisse Gesamtdeutschlands zu betrachten.

b) Ernährungslage.

Wie ich Ihnen schon vorhin sagte, hat die weitere Kürzung der Lebensmittelrationen der Bevölkerung eine grosse Enttäuschung gebracht. Hinzu kommt, dass grosse Teile der grosstädtischen Bevölkerung sich infolge mangels an Brotwaren in Hamburg auf das flache Land begab, um hier das weniger, was ~~man~~ auf Marken zu stand, wegzukaufen. Nur unter grossen Schwierigkeiten war es hier möglich, die Brot- und Fleischversorgung in der letzten Zeit aufrechtzuerhalten.

Die in den Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Beamten und Angestellten sind gesundheitlich nicht mehr in der Lage, die von ihnen geforderte Arbeitszeit von 48 Std. innezuhalten. Es ist deshalb von diesen Kreisen die Forderung erhoben worden, den Angestellten und Beamten auch Zulagekarten zu bewilligen. Die Gewerkschaften haben sich durch Eingaben von Entschliessungen an die massgeblichen Stellen eingeschaltet und die Notwendigkeit befürwortet. Die bei Beginn des Krieges vertretene Ansicht der Ernährungsämter, diesen Verbrauchergruppen zuzumuten, mit der Normalverbraucherration auszukommen, ist heute infolge der erheblichen Kürzungen der Lebensmittelrationen nicht mehr vertretbar. Neben den Gewerkschaften haben auch die Behörden und auch die Landesregierung sich zu dieser Forderung bekannt und entsprechende Anträge dem Wirtschaftsrat zur Entscheidung vorgelegt. Ich hoffe, dass man auch dort die Dringlichkeit anerkennt und für diese Verbrauchergruppen Ernährungszusätze bewilligen wird.

Die Hauptschwierigkeiten unserer augenblicklichen Lage liegt darin, daß die Masse immer noch nicht die Ursache und Auswirkung der Katastrophe verstanden hat. Wir müssen den Mut haben zu sagen, wie die Dinge wirklich liegen und daß der künftige Winter keinesfalls leichter sein wird als der letzte. Wir dürfen uns deshalb nicht in Nebenächlichkeiten verlieren, sondern in den nächsten Wochen ist alles daran zu setzen, um das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Für kommenden Winter wird ohne Verbesserung der Ernährungslage und ohne Sicherung der Hauptnahrungsmittel - insbesondere Viehfütterung - überstanden werden können, es ist eine falsche Richtung, eine unüberlegte Fütterung ohne Unterhaltung der tierärztlichen Maßnahmen zu wollen.

c) Baulage.

Die Zuteilung von Baustoffen hat sich auch in diesem Monat nicht geändert. Auch diesmal war es dem Bauamt nicht möglich, über geringfügige Reparaturen hinaus Wohnraum zu schaffen. Noch immer quält sich das Bauamt, die infolge des schweren Winters entstandenen Schäden zu beheben. Bei der Behebung der Schäden an den Behelfsunterkünften (Baracken) fehlt es immer noch an der benötigten Dachpappe, so dass die Instandsetzung der Dächer, die noch vor Eintritt des Winters fertiggestellt sein muss, nicht erledigt werden kann. Auch fehlt es an Glas, Zement und Installationsmaterial. Ein besonderes Problem bildet die Entwässerungsanlage. Es konnten nur die grössten Mängel an diesen Leitungen notdürftig beseitigt werden. Die an sich notwendige Neuverlegung ist nicht möglich, weil hierfür kein Zement bewilligt werden konnte. Mit der Beseitigung der Trümmer von den Strassen wird fortgeföhren. Mit der Fa. I.D.Möller wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die Ruinen auf dem Zuckerfabrikgelände zur Räumung der Stadt überlassen werden. Die hierbei anfallenden brauchbaren Steine werden für die Siedlungsvorhaben am Krons-kamp verwandt, die Bruchsteine jedoch erhält eine Schotterverarbeitende Firma zur Herstellung von Bauelementen.

Das Siedlungsvorhaben am Krons-kamp macht gute Fortschritte. Die Baugesuche werden z.T. schon vom Kreisbauamt bearbeitet, so dass in kurzer Zeit mit der Genehmigung zu rechnen ist. Die Siedler haben bereits mit den Vorarbeiten. z.B. Ausschachten der Grube und Bergung von Steinen begonnen.

Das Bauvorhaben der Siedlungsgenossenschaft Eigenheim ist z.Zt. noch in der Planung begriffen. Entgegen der ursprünglichen Absicht hat sich die Siedlungsgenossenschaft entschliessen müssen, statt der 20 Wohnungen vorerst nur 8 Wohnungen herzustellen. Das hierfür erforderliche Gelände wird durch die Stadt beschafft. Wenn die Materialfrage sich lösen lässt, wird möglicherweise noch in diesem Jahr mit der Errichtung dieses ersten Bauabschnittes begonnen.

Um den Bauwillen einzelner Siedlungswilliger entgegenzukommen, hat die Stadtverwaltung Verhandlungen mit dem Gutsbesitzer Hardt aufgenommen, um Siedlungsgelände hierfür zu erhalten. Hardt ist bereit, ein ca. 2,5 ha grosses Gelände am Moorweg gegen Kaufzusage an die Stadt zu verpachten. Es wird möglich sein, auf diesem Gelände 40 Kleinstsiedlern eine Siedlungsmöglichkeit zu geben. Einige dieser Kleinstsiedler werden noch in diesem Jahre ihre behelfsmässigen Unterkünfte errichten können.

Für den Schulhausneubau haben sich bisher 50 Wettbewerbsteilnehmer gemeldet. Das Stadtbauamt ist dabei, ~~xx~~ den Teilnehmer die Wettbewerbsbedingungen mitzuteilen. Das Jugend- und Volksheim in der Hübischentwiete ist baulich fertiggestellt. Desgl. ist die Gartengestaltung beendet. Sobald die Einrichtung des Heimes, die im Augenblick noch auf Schwierigkeiten stösst, vollendet ist, wird das Heim seinem Zweck übergeben.

d) Verkehrslage.

Gegenüber meinem letzten Bericht keine wesentlichen Veränderungen. Die Verhandlungen mit der Landesregierung wegen der erhofften Autobuslinie Wedel/Elmshorn sind noch nicht abgeschlossen. Eine Verbesserung auf der Vorortstrecke Blankenese/Wedel ist dadurch eingetreten, dass die Reichsbahn für die Arbeiter Sonderzüge eingesetzt hat. Auch ist eine Verkehrsverbesserung an den Sonntagen zu verzeichnen.

e) Gesundheitswesen.

Im allgemeinen ist der Gesundheitszustand im Verhältnis zu den Grosstädten als zufriedenstellend zu bezeichnen. Infolge der mangelhaften Ernährungslage macht sich jedoch eine grössere Säuglingssterblichkeit bemerkbar. Es ist nicht allein den Ärzten klar, dass die Mütter ~~xxx~~ oft nur unter ungeheuren Aufopferungen einem gesunden Kinde das Leben zu geben vermögen. Es ist keine Seltenheit, dass das Gewicht der Mutter zwischen 30 und 40 kg liegt. Jeder Arzt weiss, dass eine solche Mutter nicht in der Lage ist, dem Kinde die natürliche Nahrung zu geben.

Es ist selbstverständlich, dass hierbei die Säuglingssterblichkeit sehr viel grösser sein muss wie im vorigen Jahr.

Das Städt. Krankenhaus ist infolge dieser Verhältnisse immer überbelegt. Viele Operationen müssen von Tag zu Tag verschoben werden, weil die Patienten nicht aufgenommen werden können. Auch die ärztliche Versorgung mit Medikamenten gestaltet sich sehr schwierig.

f) Jugendbewegung.

Die Jugendarbeit in den einzelnen Organisationen geht nach meinen Informationen gut voran. Wie ich Ihnen schon andeutete, soll das Jugend- und Volksheim an der Hübischentwiete in Kürze eingeweiht werden. Voraussichtlich ist Ende Juli mit der Übergabe des Hauses an die Jugendvereinigungen zu rechnen. Der verwahrloste Garten ist neugestaltet. Ein schöner Versammlungsraum, ein Lesezimmer, ein Bastelraum und ein Spielzimmer wird hoffentlich vielen Jugendlichen Erholung und Freude ~~zu~~ bringen. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, die Übergabe des Hauses durch eine würdige Einweihungsfeier zu vollziehen.

g) Volkshochschularbeit.

Seit dem 1.4.47 besitzt Wedel eine Volkshochschule. Die Beteiligung ist eine sehr rege. Für das 1. Semester haben sich 456 Teilnehmer gemeldet, wovon mindestens 50 % der Vorträge durch Jugendliche belegt werden. Die Stadtverwaltung hofft, dass die Beteiligung für das Wintersemester einen noch grösseren Erfolg bringen wird, so dass die Volkshochschularbeit allen Beteiligten Damen und Herren Befriedigung bringen wird.

h) Feld- und Forstangelegenheiten.

Auch hier im Gebiet Wedel ist der Kartoffelkäfer wieder aufgetreten und hat die Landesregierung veranlasst, mehr denn je Bekämpfungsmassnahmen einzuleiten. Eine dieser Möglichkeiten ist die, die befallenden Stellen mit Kalk-Arsen zu bespritzen, da dieses das beste Abwehrmittel sein soll. Ausserdem sind auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde Vertrauensmänner einzusetzen, da ehrenamtlich hierfür keine Landwirte sich zur Verfügung stellen, hat die Verwaltung den Angestellten Vierk damit beauftragt. Ausserdem werden die Schulkinder bei der Kartoffelkäferbekämpfung massgeblich eingesetzt. Ich möchte von dieser Stelle nochmals an alle Landwirte und Bauern sowie auch an die Kleingärtner die Bitte richten, befallene Felder sofort der Verwaltung zu melden, damit das Notwendige veranlasst werden kann.

i) Versorgungsangelegenheiten.

Der Mangel an bewirtschafteten Waren hat zu bekannten Misständen in der Verteilung dieser Güter geführt. Die eingehenden Anträge lassen sich bei den zur Verfügung stehenden geringen Kontingenten

Kontingenten überhaupt nicht bearbeiten. Es liegen z.Zt. rund 8000 unerledigte Anträge vor. Bisher war es dem Wirtschaftsamt nur möglich, Beschwerden, die an mich, bzw. an den Stadtdirektor herangetragen wurden, zu erledigen. Alle normale eingehende Anträge konnten nicht mehr bearbeitet werden. Deshalb hat die Verwaltung im Einverständnis mit dem Verteilungsbeirat eine Antragsannahmesperre bis zum 31.7.47 verhängt. Für besonders dringende Fälle und für Beschwerden hält der Verteilerbeirat jeden Dienstag von 8,30 Uhr - 11 Uhr Sprechstunden ab.

In der Berichtszeit konnten insgesamt 804 Anträge berücksichtigt werden, wovon an Spinnstoffen rund 549 Bezugsmarken und an Schuhwaren für Burschen und Kinder 254 Bezugsmarken zur Verteilung kommen konnten. An Hausrat wurde nichts abgegeben. An Konserven- und Dosendeckel sind rund 15.000 Stck., Konservendosen 2000 Stck., Weckgläser 1200 Stck. *angefordert*

j) Kinderspeisung.

Die Dänenspeisung wird voraussichtlich auch noch weiter fortgeführt, bedauerlich ist, dass nur ein Teil der von den Ärzten als bedürftig befundenen Kinder berücksichtigt werden können. Wie mir das Deutsche Rote Kreuz mitteilt, wird mit dem 28.6.47 die Kinderspeisung der 3-6jährigen Kinder eingestellt. Ich möchte nicht verfehlen, an dieser Stelle dem Schwedischen Roten Kreuz meinen Dank auszusprechen.

k) Wohnungsverhältnisse.

Die Wohnraumlage hat sich in den letzten Monaten rapide verschlechtert. Trotz der am 14.3.47 verhängten Zuzugssperre für den Kreis Pinneberg und das Land Schleswig-Holstein hält der Zustrom von Flüchtlingen aus den polnisch besetzten Gebieten und aus Dänemark an, so dass sich seit dem 1.4.47 die Flüchtlingszahl um 134 Personen erhöht hat. Ausserdem haben sich weitere 360 Personen zum gleichen Zeitraum in Wedel angemeldet. Gegenüber einer Abmeldung von 186 Personen, so dass ein Zugang von 308 Personen zu verzeichnen ist. Wir nähern uns damit der 15000 Grenze. Die Einwohnerzahl beträgt heute 14.522 Personen. Diese Zahl setzt sich aus 7.224 Einheimischen und 7.298 Flüchtlingen, Evakuierten und Bombengeschädigten zusammen. Die Unterbringung der Flüchtlinge und der Neuvermählten bereitet dem Wohnungsamt immer grössere Schwierigkeiten. Die Durchschnittsquadratmeterzahl hat sich von 5,8 auf 5,5 qm gesenkt. Die Wohnverhältnisse in den Baracken und Behelfsunterkünften verschlechtern sich zusehends. Wenn auch die Stadtverwaltung bemüht ist, Ersatzwohnraum hierfür zu beschaffen, so wird doch das Wohnungsamt nicht davon absehen können, noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit zu Lasten der Wohnungsinhaber grösserer Wohnungen Umquartierungen vorzunehmen.

l) Kriminalität.

Infolge der ausserordentlichen Not gewisser Kreise steigt die Kriminalität ~~wä~~ter an. In der Berichtszeit waren 55 Fälle zu verzeichnen, darunter 12 schwere Diebstähle, wovon 28 aufgeklärt werden konnten. Leider war ^{an} auch 4 Verkehrsunfälle zu verzeichnen, wovon 2 tödlich verliefen. Leider hört man jetzt immer wieder von Viehabschlachtungen, Kleinvieh- und Felddiebstählen. Ich verstehe die Sorge der ländlichen Bevölkerung und glaube auch annehmen zu müssen, dass infolge der ausserordentlichen Verknappung von Lebensmitteln ein Ansteigen von Abschlachtungen verzeichnet werden muss. Leider ~~erschrecken~~ die von den Gerichten festgesetzten Strafen die Menschen nicht mehr.

Ich glaube deshalb, dass alle ihr Teil dazu beitragen müssen, um das sauer erworbene und für die Ernährung des Volkes so Notwendige zu schützen.

m) Personelles.

Wesentliche grössere Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung einschl. Stadtsparkasse, Stadtwerke und Krankenhaus sind nicht vorgenommen worden. Mit Termin zum 30.6.d.Js. war seitens der Landesregierung Schleswig-Holstein aufgrund der Verordnung Nr. 71 der Mil.Regierung einer Personalstandserhebung nach dem Stichtag 31.5.47 angeordnet worden, bei der für jeden ständigen Beschäftigten ein besonderes Personalzählblatt mit 21 Fragen aufzufüllen war. Die Durchführung ist erfolgt.

Leider hat das Städt. Krankenhaus einen betrüblichen Verlust dadurch zu verzeihen, dass Ass.Arzt Herr Dr.med. Karl-Heinz Schwarz infolge einer Erkrankung verstorben ist. Ich bitte die Anwesenden, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben.

Dieses wären die hauptsächlichsten Punkte über die zu berichten ich für zweckmässig halte. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass es den verantwortlichen Deutschen Stellen und auch den Besatzungsmächten recht bald gelingen möge, den kritischen Punkt, nämlich die Ernährung, wieder zu stabilisieren. Weiter hoffe ich, dass diese Stellen doch noch Wege finden werden, die erforderlichen Hausbrandmengen für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, damit ein neues Katastrophenjahr wie das vergangene im kommenden Winter nicht das Unglück noch grösser macht als wie es heute schon ist.

F Herr Dr. Schwarz war noch jung, er zählte
nur 27 Jahre. Er war ein gewissenhafter,
ruhiger und allgemein beliebter Arzt,
so dass sein frühzeitiger Tod uns auf
das schmerzliche berührt.



Verfg.

- 1.) Zu Punkt 2)-Lagebericht des Bürgermeisters - der Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung vom 3.7.47 wird vorstehender Bericht verlesen pp.

Der Bericht wird sodann zur Debatte gestellt.

Ratsherr Matthiessen schlägt vor, auf jede Tagesordnung einer Ratssitzung nach dem Lagebericht des Bürgermeisters als Punkt 3) zu bringen:

"Die Not der Wedeler Bevölkerung und ihre Abhilfe".

Ratsherr Beerbaum erklärt, dass entgegen dem Bericht des Herrn Bürgermeisters der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht zufriedenstellend sei.

Stadtrat Brauns stimmt dem Antrage des Ratsherrn Matthiessen grundsätzlich zu.

Zur Wohnraumfrage gibt Stadtrat Kuhlmann bekannt, dass in einer Wohnungsausschussitzung beschlossen sei, kinderlosen Ehepaaren das Wohnzimmer zu nehmen, um die Wohnungsnot zu mildern.

Stadtrat Brauns erklärt, dass alle diese Massnahmen menschenunwürdig seien. Die kleinen Gemeinden müssten endlich den Mut aufbringen, zu sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Zu dem Antrag des Ratsherrn Matthiessen schlägt Stadtdirektor Gau vor, den Antrag so zu formulieren, dass folgende Punkte in die Tagesordnung aufgenommen werden:

1. das Ernährungs- und Feuerungsproblem.
2. das Wohnungsproblem.

Der abgeänderte Antrag des Ratsherrn Matthiessen wird sodann einstimmig angenommen.

- 2.) I,1 - Amt für Gemeindevertretung - zur Kenntnis und Beachtung.
- 3.) Z.d.A. 104-8.

Wedel, den 4.7.47.
D. St. Dir.

[Handwritten signature] *[Handwritten signature]*

1.) Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung vom 3.7.47:

pp.

Bürgermeister S e h a c h t unterbricht die Sitzung, da der Herr Gouverneur das Wort zu ergreifen wünscht:

Ansprache des Herrn Gouverneurs:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Da meine Zeit sehr gekürzt ist, musste ich Sie leider bei Ihrer Arbeit unterbrechen. Zunächst sage ich Ihnen, Herr Bürgermeister, vielen Dank für Ihr Willkommen. Ich habe sehr lange den Wunsch gehabt, an den Ratssitzungen der Stadt Wedel teilzunehmen, es ist jedoch schwierig, zu allen 52 Gemeinden zu kommen. Ich habe grosse Freude daran zu sehen, dass die Stadtvertretung in Wedel die Geschäfte ausserordentlich gut durchführt. Wie Sie wissen, war vor langer Zeit eine Experten-Vertretung eingesetzt. Dann haben Sie die Wahlen gehabt und haben nun die Leute im Rat, die Sie gewählt haben. Ich bin ausserordentlich froh über die Art, wie Sie die Sitzungen durchführen. Ich habe das Gefühl, an einer Vertretungs-Sitzung in England teilzunehmen, die dort sehr ähnlich sind. Ich habe mit grossem Interesse festgestellt, dass Sie Ihrem Gemeindevorstand und Schatzmeister einen Vertrag gegeben haben und nur dadurch werden diese Leute das Gefühl der Sicherheit haben und die Arbeiten bestens erledigen können.

Ich habe ein grosses Interesse an dem allgemeinen Lagebericht des Herrn Bürgermeisters genommen. Es tut mir sehr leid, dass Sie eine so sehr schwere Zeit haben und diese Berichte geben müssen. Die Zeiten sind wirklich sehr schlecht. Ich hoffe aber, dass es in nicht zu weiter Ferne liegt, dass Sie, Herr Bürgermeister, einen viel erfreulicheren Bericht werden geben können, weil die Zeiten dann weit besser sein werden. Es wird einen harten Kampf kosten, aber wir müssen durchhalten. Ich wünschte, ich könnte die Stimmung dadurch heben, dass ich Ihnen gute Informationen erteilen könnte, aber leider ist nichts zu sagen. Sie führten die Konferenz in Moskau und in Frankreich an. Viel ist dabei nicht herausgekommen. Auch nicht in der kurzen Konferenz in Paris. Die Amerikaner haben ein Angebot gemacht, welches eine Hilfe sein würde. England und Frankreich sind nun aber entschlossen, endlich mit dieser Organisation anzufangen. Wenn Russland nicht mitmachen will, so können wir nicht länger auf sie warten.

Sie haben ferner die Schulspeisung erwähnt. Wir haben seit Dezember allmonatlich eine Eingabe nach Hamburg übersandt. Jedes Kind wurde untersucht und 25.000 Kinder wurden als unterernährt festgestellt. Es wurde uns gesagt, dass zurzeit keine Lebensmittel zur Verfügung stehen und der Kreis Pinneberg war einer der 3 oder 4 Kreise, die keine Speisung hatten. Vor einem Monat habe ich eine erneute Eingabe gemacht und in der Zwischenzeit trat das dänische Rote Kreuz ein und hat 9000 Kinder gespeist. Auf Grund einer Zusammenfassung gewisser Kreise in der amerikanischen und britischen Zone soll eine einheitliche Speisung vorgenommen werden. Die Speisung soll jetzt nach dem Hoover-System vorgenommen werden. Der Kreis Pinneberg hat eine nicht hohe Quote erhalten, aber immerhin sollen es etwa 12.000 Kinder sein. Ich glaube, dass dadurch die Speisung als solche eine Besserung erfahren wird. Schleswig-Holstein wird von Kiel aus dirigiert und ich stehe in enger Verbindung mit dem Komitee und werde es durchsetzen, dass Pinneberg einen guten Anteil daran hat.

Sie haben dann noch von der Knappheit der Baumaterialien gesprochen. Es ist unglaublich knapp, dennoch bin ich überrascht zu sehen, welche Anzahl von Häusern im Kreise entstehen. Ich habe gehört, dass die Hoffnung besteht, in nächster Zeit grössere Zuteilungen zu erhalten. Das Kreisbauamt soll die Zuteilungen so verteilen, um die Unterkünfte der Flüchtlinge auszubessern. Sie sagen, der Zuzug der Flüchtlinge hält an. Das kann doch nur inoffiziell sein. Jeder Flüchtling muss durch

durch das Lager in Poppendorf gehen. Wenn er einen Anspruch hat, im Kreise Pinneberg zu bleiben, wird er auch offiziell durch das Lager Poppendorf durchgeschleust. Aber die Flüchtlinge, die schwarz über die Grenze kommen, sind ein grosses Problem. Es ist begreiflich, dass jeder zu seiner Familie hin will. Das muss aber offiziell geschehen und alle Flüchtlinge müssen nach Poppendorf verwiesen werden.

Überrascht und erfreut hat es mich, so viele Wedeler anwesend zu sehen. Sehe ich doch, dass hier ein grosses Interesse für die Verwaltung besteht. Die Vertretung ist ja auch durch die Wedeler Bevölkerung gewählt worden. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Einwohner/Zufrieden sind. Bevor ich gehe, möchte ich Ihnen dazu gratulieren, was Sie geleistet haben. Ich hoffe, dass es nicht allzulange auf sich warten lassen wird, bis Sie die Früchte Ihrer Arbeit sehen und weitaus schönere Berichte geben können. Beifall.

Bürgermeister Schacht dankt dem Gouverneur für die herzlichen Worte und betont, dass es immer sein Bestreben und das der Ratsherren gewesen ist und auch bleiben wird, im besten Sinne für die Stadt zu arbeiten.

- x) zu vertreten und ich bin überzeugt, dass die Einwohner
2.) Z.d.A. 104-8.

Wedel, den 4.7.47.
D. St. Sir.

[Handwritten signature]

für mich 2. Offizier m. d. W.

ent. H.

2/7.47

An

alle Dienststellenleiter sowie Stadtparkasse,
Stadtwerke und stadt. Krankenhaus !

1.)

Verfg.

Ich bitte Sie, mir bis spätestens 22. d. Mts. einen ausführlichen Lagebericht für die Zeit vom Oktober 1946 bis heute, vorzulegen. Besonders eingehend ist über die von den Ausschüssen und der Ratsversammlung ~~festgestellten~~ ^{gefassten} Beschlüsse zu berichten.

- a) Stand der Angelegenheit
- b) Aus welchem Grunde konnte Durchführung nicht erfolgen.

Alle wichtigen Beschlüsse sind einzeln aufzuführen.
Die gesetzte Frist ist unbedingt innezuhalten.

Zusatz für Herrn Oppermann.

Zwecks Beurteilung der Wohnungsverhältnisse sind genaue Zahlen der Umquartierungen für die vorgenannte Zeit sowie der An- und Abmeldungen usw. erforderlich.

Zusatz für Herrn Dr. Müller, stadt. Krankenhaus.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sind Angaben über den Gesundheitszustand der Bevölkerung im allgemeinen sowie über ansteckende Krankheiten, Sterbefälle usw. erforderlich.

Wedel, den 17. 9. 1947

Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel

Der Stadtdirektor

2.)

Wvl. am 22.9.47.

I.V.

*18/9/47
Helm*

Hel

Helm

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses v.22.8.

Punkt 4 j) pp.

k) Ratssitzung.

Der Hauptausschuss beschliesst, die nächste öffentliche Ratssitzung am 2. Oktober (zweiten Oktober) 1947 in Köhlers Gasthof abzuhalten.

F.d.R.

Köhler
Stadtsekretär

Verfg.

Wvl. am 25.9.47

W., d. 26.8.47.

D.St Dir.

Monatliche Sitzung bis 2.9.47

Haus *Salz.*

Dr. Zeichen:

Dr. Zeichen:

Dr. Zeichen:

Dr.:

Vfg.

1.) Vermerk:

Die Sitzung ist verlegt und soll stattfinden am 9.Okt.1947

2.) Wegen Anfertigung des Verwaltungsberichtes wvl.am 20.9.1947

Wedel, den 51Sept.1947

D.St.Dir.:

4

Der Stadtdirektor

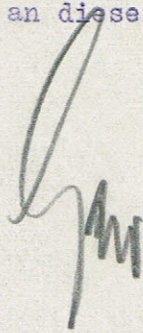
Wedel, den 11. August 1947.

Vfg.

1.) Vermerk:

Die nächste Ratssitzung soll am 11.9.47 in Köhlers Gasthof stattfinden. Es ist beabsichtigt, den Verwaltungsbericht des Bürgermeisters zur Debatte zu stellen und den Hörern zu gestatten, an dieser Diskussion teilzunehmen.

2.) Vorlegen am 1.9.1947.



Herr Bürgermeister.

Wiedel, den 5. 9. 1947.

Ich beabsichtige die Einwohnervereine zur Teilnahme an der nächsten öffentlichen Ratssitzung die am 2. 10. 47 in Köhlers Gasthof stattfindet, aufzufordern. Der Zweck hiervon soll sein, das von der Gemeindevertretung zur verantwortlichen Geschichte einer gesunden Politik einzuführen.

Für den von mir zu gebenden und ^{zu} fertigenden Rechenschaftsbericht benötige ich Unterlagen von folgenden Dienststellen:

Bauamt, Wohnungsaussch., Kämmerer, Wirtschaftsaussch., (Brennstoff - Leinwand - und Spiritusversorgung) ferner ist zu berichten über das Leinwandwesen, Gesundheitswesen, Wohlfahrtswesen, Stadtwerke, Kultur - Sport - und Jugendpflege.

Die erforderlichen und eingehenden Berichte haben das gesamte Geschehen seit der Wahl der

des jetzigen Ratkollegiums zu enthalten.
Der Trägerschaftsabend soll um 19 Uhr beginnen.
Nach etwa zweistündiger Trägerschaft beginnt
die öffentliche Ratssitzung.

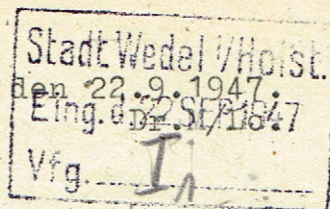
Ich habe nun weitere Veranlassung

Hochachtungsvoll
im Hause

Schacht

**Städtisches Krankenhaus
Wedel (Holstein)**

Wedel,



An

die Gemeindeverwaltung der
Rolandstadt Wedel,

W e d e l / Holstein

=====

Zum Schreiben vom 17.9.1947:

Der Gesundheitsstand der Bevölkerung ist - soweit es sich vom Standpunkt des Krankenhauses her beurteilen läßt - gegenüber dem Vorjahre unverändert.

Die Zahl der Erkrankungen - durch Mangel- und Fehlernährung bedingt - ist zurückgegangen und kommt nur noch bei den Rußlandheimkehrern zur Beobachtung.

An ansteckenden Krankheiten tritt vereinzelt - ohne Epidemiecharakter - Diphtherie, Scharlach, Typhus auf und in der letzten Zeit vereinzelt auch Kinderlähmungen. In Wedel allerdings nur 1 Fall.

Die Sterbeziffer ist gegenüber dem Vorjahre ebenfalls nicht erhöht. Bei 1995 Aufnahmen d.J. starben im Krankenhaus 87 Kranke.

Lumpkin

Der Standesbeamte
des Standesamtes Wedel.

Wedel, den 22. September 1947

Das Standesamt wurde in der Berichtszeit ab 1. Oktober 1946 bis heute geleitet von den Angestellten Klatt u. Zmieczkohl und seit dem 8. September 1947 von dem Unterzeichneten.

Es sind in der Berichtszeit beurkundet :

258 Geburten und 265 Sterbefälle, sodann wurden 141 Eheschliessungen vorgenommen.

Besondere Vorkommnisse sind keine zu verzeichnen.

Da das Standesamt der Kreisverwaltung als untere Standesamtsaufsichtsbehörde untersteht, kommen Beschlüsse der Ratsversammlung und einzelner Ausschüsse für das Standesamt nicht in Frage und sind solche, soweit dem Unterzeichneten bekannt ist, nicht gefasst worden.

Schauer.

W e d e l, den 19. September 1947.

An die
Gemeindeverwaltung
der Rolandstadt
W E D E L.

Zum dortigen Schreiben vom 17. September 1947.

Lagebericht der Stadtparkasse Wedel vom Okt. 1946 - Sept. 1947.

Der bei allen Geldinstituten in Erscheinung tretende Kapitalabzug seitens der Kundschaft führte in der Berichtszeit bei uns zu einer Verringerung der

Spareinlagen	um	RM. 2.000.000.--
Giroeinlagen	um	RM. 900.000.--

Es wurden 330 neue Spar- und 128 neue Girokonten angelegt.

Zurzeit verwalten wir

8.899	Spar	-	Konten	
1.150	"	-	"	(Unterkonten)
1.586	Giro	-	"	
322	Hypotheken		"	
21	Schuldschein		"	
150	Depot		"	
135	Schließfächer			

12.263

=====

Die Bilanzsumme beträgt jetzt RM. 21.500.000.--

sie betrug im Oktober 1946 RM. 23.600.000.--

Der Finanzausschuss genehmigte am 27.6.1947 den Verwaltungskosten-Voranschlag für 1947. Zustimmung der Sparkassenaufsichtsbehörde ist inzwischen eingeholt.

Der seit März d.Js. amtierende Vorstand fasste bisher 92 Beschlüsse.

Er bewilligte insgesamt RM. 775.000.-- Kredite, von denen bis jetzt

RM. 440.000.-- in Anspruch genommen sind.

Stadtparkasse Wedel
in Wedel (Holstein)

B e r i c h t

der Kämmerei zur Verfg. vom 17. Sept. 1947.

Für das Rechnungsjahr 1946 wurde am 20.3.1947 eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen, die den Haushalt 1946 mit 1.514.817,07 RM zum Ausgleich brachte. Der jetzt fertiggestellte Abschluss weist einen Überschuss von 135.158,36 RM auf. Die Verwendung dieses Betrages muß bis spätestens im Haushalt 1948 nachgewiesen sein. Die Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1947 wurde mit Hilfe des restlichen Einnahmeüberschusses von 130.204,81 RM aus dem Rechnungsjahr 1945 auf insgesamt

1.700.400,-- RM im ordentlichen Haushalt,

257.900,-- RM im ausserordentlichen Haushalt

ausgeglichen. Schon jetzt ist festzustellen, dass der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung notwendig ist. Es kann aber höchstwahrscheinlich damit gerechnet werden, dass der erforderliche Bedarf aus unverbrauchten Mitteln des 1947er Etats gedeckt werden kann. Falls grössere Bedarfsdeckungen notwendig sind, steht der Kassenüberschuss aus 1946 zur Verfügung. Die im ausserordentlichen Haushalt 1947 bereitgestellten Mittel konnten bisher noch nicht in Anspruch genommen werden, weil Beschaffungsschwierigkeiten die Durchführung der Bauvorhaben (Schule - Krankenhaus) nicht zulassen. Aus welchem Grunde der Ausbau der Tondernstraße, an der das Baumaterial bereitliegt, nicht zur Durchführung kommt, ist nicht bekannt. Anscheinend handelt es sich hier um den Mangel an Arbeitskräften. Material- und Arbeitskräftemangel ist wohl auch der Grund dafür, dass die Garage am Spritzenhaus Bekstraße noch nicht erstellt werden konnte. Ebenso steht noch die Durchführung folgender Massnahmen aus, für die bereits Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt wurden.

- 1) Einbau einer Heizung (Ölfeuerung) im Rathaus
- 2) Anschaffung eines PKW
- 3) Anschaffung von Büchern für die Volksbücherei
- 4) Anschaffung eines LKW für Krankenhaus
- 5) Wiederherstellung der Bleiverglasung im Rathaus.

Viele andere kleinere Massnahmen und Anschaffungen werden ebenfalls nicht getätigt werden können, weil hierzu infolge der herrschenden Wirtschaftslage keine Möglichkeit besteht. Es wird daher auch im Rechnungsjahr 1947 voraussichtlich zu einem Einnahmeüberschussergebnis kommen. Der angekündigte Finanzausgleich ist aus der Entwicklung noch nicht herausgekommen. So lange dieser nicht bekannt ist, kann auch von einer voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft nicht gesprochen werden. Insbesondere stehen hier in Frage die staatlichen Zuschüsse für die Polizei, die Schulen und die Beteiligung an den Fürsorgelasten und andererseits die Höhe der Kreis- und Landesabgaben. Zur Zeit laufen die Zuschüsse und Abgaben noch auf erstarrten Berechnungsmerkmalen aus dem Jahre 1944, die den heutigen Verhältnissen in kein Weise gerecht werden. In diesem Zusammenhang wird auch der kommende allgemeine Lastenausgleich die Haushaltslage wesentlich beeinflussen.

Die Kasse war und ist infolge des an sich unnormalen Geldbestandes zahlungsfähig. Kassenkredite und Darlehen brauchten nicht aufgenommen werden. Die Rücklagen wurden aus Vorsichtsgründen nicht weiter aufgefüllt. Infolge der Zahlungssperre sind auch ausserordentliche Schuldentilgungen nicht erfolgt.

An grösseren Zahlungsrückständen kann nur die Grundsteuer-Forderung der Stadt an das Finanzamt Elmshorn für den Besitz der ehem. Kriegsmarine genannt werden.

Die Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuern sind gegenüber den Vorjahren unverändert geblieben.

Wedel, den 22. Septbr. 1947.

Kämmerei

I.V.

Helmut

Anpflanzungen von 1000 qm an vorgenommen werden, weil die Kommandos für das Absuchen nicht gestellt werden konnten. Da die Felddiebstähle ~~sich~~ trotz des freiwilligen Flurschutzes sich überhäuften, wurde der Kreis Pinneberg zum Sperrgebiet erklärt. Diese Massnahme hat nach Mitteilung des Ortsbauernvorstehers in der ersten Zeit viele Felddiebstähle und auch sicher Viehabschlachtungen verhütet. Im Laufe des Sommers fanden eine Bodenbenutzungserhebung, eine Feststellung der Erdbeeranpflanzungen, eine Obstbaumzählung und eine Feststellung der Baumschulbestände statt. Die beiden letzten Erhebungen sind noch nicht beendet.

f) Gewerbeangelegenheiten.

Seit Oktober 1946 wurden folgende gewerblichen Betriebe genehmigt:

1 Schankkonzession

43 Gewerbe- und Handelsbetriebe und 9 Wandergewerbe

Abgelehnt sind 3 Betriebe

Laufende Anträge 9

Die Preisüberwachung erfolgt durch den Angestellten Brunckhorst. Es wurden von ihm bereits in mehreren Fällen Preisüberschreitungen festgestellt und zur Anzeige gebracht.

g) Versicherungswesen.

In der Angestellten- und Invalidenversicherung sind im vergangenen Jahre viele Arbeiten zu erledigen gewesen. Es entstand viel Mehrarbeit, weil die Flüchtlinge nicht im Besitz der erforderlichen Unterlagen sind und von den Antragstellern eidesstattliche Erklärungen über das Beschäftigungsverhältnis und den Verdienst abgegeben werden müssen. Auch wird verlangt, dass sie Zeugen benennen sollen.

h) Seemannsamt.

Auch im Seemannsamt waren durch den Zugang von 14 Fischerfahrzeugen erhebliche Mehrarbeiten zu erledigen. Es fanden vom 1.10.1946 bis heute 184 Anmusterungen, 159 Abmusterungen und die Ausstellung von 59 Seefahrtsbüchern statt.

R e s t e .

Die Anträge auf Erteilung von Staatsangehörigkeitsausweisen an den Schneider Willi Penzel, Wedel, Holmerstr. 1, seine Ehefrau und das Pflegekind Jürgen Schiewe in der Adoptionsangelegenheit konnten nicht erledigt werden, weil die Aufenthaltszeiten der Vorfahren bisher nicht angegeben werden konnten. Da Fritz Dotzki, Wedel, Pinnebergerstr. 62, die geforderten Unterlagen bisher nicht beigebracht hat, konnte sein Antrag auf Erteilung der Konzession für den "Lindenhof" weiter bearbeitet werden.
nicht

An

den Herrn Stadtdirektor

hierL a g e b e r i c h t .-Zur Verfügung v. 17.9.47-

Die ungewöhnlich starke, langanhaltende Kälteperiode des letzten Winters in Verbindung mit undichten Fenstern und zeitweise garnicht, meistens jedoch mangelhaft beheizten Arbeitsräumen sowie mit zahlreichen Stromabschaltungen und der Personalausfall durch Erkrankungen und Abordnungen an andere Dienststellen hatten sich auf die Arbeitslage in der Stadtkasse sehr nachteilig ausgewirkt. Hinzu kam noch, daß der damalige Vollziehungsbeamte, Herr Neubüser, in der Ausübung seines Außendienstes infolge Überinanspruchnahme durch seine übrigen Dienstobliegenheiten derart behindert war, daß es monatelang überhaupt zu keiner Einziehung von Rückständen mehr kam, was wiederum die Arbeiten im Innendienst wegen der zum Jahresschluß sich ergebenden zahlreichen unaufgeräumt verbliebenen Kassenreste erschwerte. Die unausbleibliche Folge war die, daß die Kasse nicht in der Lage war, die Jahresabschlußarbeiten und die Abschlüsse für die übergeordneten Behörden (Landesschul- u. Landesmittelschulkassenrechnungen sowie Rechnungsstatistiken) und die mit dem Beginn eines neuen Rechnungsjahres gleichzeitig verbundenen vermehrten Arbeiten (Einrichtung der verschiedenen Buchungskarteien, Sollstellungen der Steuern, Mieten, Pächte u.s.w., Ausfertigung der Hebezettel) rechtzeitig zu bewältigen. Die Kasse hatte bisher voll daran zu tun, den Stand der Arbeiten wieder auf den laufenden zu bringen.

Aus

~~100/111/111~~

Aus diesem Grunde sah die Kasse sich gezwungen, den Erholungsurlaub ihres Personals für das laufende Rechnungsjahr bis jetzt aufzuschieben. Nachdem der neue Vollziehungsbeamte, Herr Kastner, den Außendienst versieht, hat sich die Lage inbezug auf Einbringung der Rückstände erheblich gebessert.

Was die Beschlüsse von den Ausschüssen und der Ratsversammlung betrifft, ist Fehlanzeige zu erstatten, da die Kasse an der Durchführung derartiger Beschlüsse nicht beteiligt ist.

Stadtreisemeister.

Herrn
 Stadtdirektor Gau
 im Hause

Betrifft: Angefordérter Lagebericht.

Die Wohnraumlage der Stadt Wedel hat sich in den letzten Monaten rapide verschlechtert. Trotz der am 14.3.47 verhängten Zuzugssperre für den Kreis Pinneberg und das Land Schleswig-Holstein, hält der Zustrom von Flüchtlingen aus den polnisch besetzten Gebieten und aus Dänemark an, sodass sich die Flüchtlingszahl seit dem 1.4.47 um 134 Personen erhöht hat. 360 Personen haben sich im gleichen Zeitraum in Wedel angemeldet. Die Abmeldung betrug 186. Die Einwohnerzahl der Stadt Wedel hat sich auf 14 522 erhöht. Wir nähern uns damit stark der 15 000 Grenze. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 7298 Flüchtlingen, Evakuierten und eigenen Bombengeschädigten in fremden Wohnungen und 7224 Einheimischen. Nach Abzug der 676 eigenen Fliegergeschädigten in fremden Wohnungen beträgt die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge 6622, die der Einheimischen 7900.

Die Unterbringung der anfallenden Flüchtlinge und der Neuvermählten bereitet immer größere Schwierigkeiten. Angesichts der fortschreitenden Verschlechterung in Bezug auf Unterbringung erwägt das Wohnungsamt, die in der Housing-Direktive Nr. 11 angeordnete Inanspruchnahme der Wohnzimmer bei kinderlosen Ehepaaren durchzuführen. Die Durchschnittsquadratmeterzahl pro Kopf der Bevölkerung hat sich von 5,8 auf 5,5 qm gesenkt.

Der Wohnraum der Stadt Wedel ist nicht gleichmäßig verteilt. Die ungleichmäßige Verteilung wird bedingt durch Rücksichtnahme auf die geschäftlichen und persönlichen Belange der Wohnungsinhaber. In einzelnen krassen Fällen steht den Einheimischen das 3 oder 4-fache an Wohnraum zur Verfügung, als den Flüchtlingen. Jedes Mehr an Wohnraum in diesem Falle geht zu Lasten der Anderen. Eine einheitliche Verteilung des Wohnraums ist nur möglich, wenn man streng den Wohnraum nach der Quadratmeterzahl und der Belegungszahl der Wohnungen berechnet.

In der Bevölkerung wächst der Widerstand gegen weitere Einengung des Wohnraums.

Die Wohnverhältnisse in den Baracken verschlechtern sich zusehends. Wenn nicht alles getan wird, um schnellstens Reparaturen in dieser Angelegenheit durchzuführen, sieht sich das Wohnungsamt genötigt, noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit Umquartierungen vorzunehmen.

Gyermann

1/ Herrn Langer z. R. Ldr. 1876.47
 2/ Herrn Langer z. R.
 2/ Herrn Langer mit Prüfung
 W. 27. 47

Herrn
Stadtdirektor Gau
im Hause

Betrifft: Ausführlicher Lagebericht.

Die Schwierigkeiten in der Wohnraumbewirtschaftung werden von Tag zu Tag größer. Dies wirkt sich in der Weise aus, dass praktisch auf jede Erfassung eine Beschwerde folgt. Dies ist vor allem in den Bevölkerungskreisen zu beobachten, welche einmal im Verhältnis zu den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen gut dastehen, zum anderen sich am Neuaufbau fast gar nicht beteiligen. Der Publikumsverkehr wird immer lebhafter. Neue Probleme bringt der kommende Winter hinsichtlich Kellerräumen, Nebengelassen usw. mit sich. Der Schriftverkehr, sowie die Anträge an den Wohnungsausschuss mehren sich ebenfalls. Die Sitzungen finden etwa alle 2 - 3 Wochen statt.

Auf Grund eines kürzlichen Beschlusses des Wohnungsausschusses nimmt in Zukunft der stellvertretende Leiter des Wohnungsamtes, Herr Hinz, an jeder Wohnungsausschuss-Sitzung teil. Die Angestellten im Aussendienst nehmen nach Bedarf teil.

Ein weiterer Beschluß sieht die Beschlagnahme der Wohnzimmer bei kinderlosen Ehepaaren, sowie alleinstehenden Personen vor, soweit über 40 qm bewohnt werden. Demnächst ist als Grenze 32 qm vorgesehen.

Bei allen Zuzügen entscheiden zufolge eines Beschlusses des Wohnungsausschusses seit kurzem ausser dem Leiter noch 2 Mitglieder des Wohnungsausschusses. Es wird dabei ein ganz strenger Maßstab eingehalten.

Der Kreistag fasste am 6.8.47 folgenden Beschluß :
Zuzugsgenehmigungen werden hinfort im allgemeinen auf 1/4 oder 1/2 Jahr befristet, um im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses die Betroffenen nicht am Orte behalten zu müssen. Eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung erfolgt nur, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

In der Zeit v. 1.10.46 - 22. 9. 47 (annähernd 1 Jahr) betrugen die Anmeldungen:

Influx Pöppendorf:	143 m,	189 w.	Wehrmachtentlassene	199,
	Zuzüge 618		Gesamt	1149

Abmeldungen erfolgten: 823

Somit ein Mehr an Zugang von: 326

Die Zahl der Geburten überragte die der Sterbefälle bedeutend, so dass auch dadurch ein fortwährendes Ansteigen der Einwohnerzahl bedingt ist.

Am 15.9. betrug die Einwohnerzahl: 14639.

Diese Zahl enthält 7387 Fl., Evakuierte und eigene Bombengesch. in fremden Wohnungen und 7252 Einh.

Nach Abzug der eigenen 676 Fliegergeschädigten beträgt die tats. Zahl der Flüchtlinge 6711.

In Notunterkünften sind 4622 Personen untergebracht.

Der Zuzug aus Danemark beruht auf derzeitigen Anmeldungen der hiesigen Angehörigen.

Die Durchschnittsquadratmeterzahl hat sich pro Kopf der Bevölkerung

von 5,8 auf 5,5 qm gesenkt.

Der Wohnraum in Wedel ist nicht gleichmäßig verteilt. In einzelnen krassen Fällen steht dem Einheimischen das 3 -4 fache an Wohnraum zu als den Flüchtlingen. Diese ungleiche Verteilung bemüht sich das Wohnungsamt Wedel mit allen Kräften zu beheben. Aber die Kreise, die es angeht; zeigen oftmals nicht das geringste Verständnis für die Notlage ihrer Mitmenschen. Die Dringlichkeitsliste zeigt folgendes:
Lt.Beschlüssen des Wohnungsausschusses sollen eine Wohnung erhalten:

10 Familien mit 23 Erwachsenen und 27 Kindern seit dem Jahre 1946,

14 Fa. = 32 Erw. und 20 Kd seit Beginn und Mitte dieses Jahre sowie seit kurzem. Jeder Zuzug geht zu Lasten dieser in Wohnungsnot Befindlichen.

Quartiere sollen beschafft werden:

Seit 1946 für 1 Fam. 2 Erw., 1 Kd,

seit 1947 für 20 Fam. = 40 Erw. und 12 Kd.

In Baracken wohnen: 435 Pers. in 112 W. = 7 Bar.a.Steinbe
760 " " 208 W. =13 " Feldstr.
374 " im Lager Rosengarten.

im Lager Schulau wohnen 20 Erw., 10 Kd. teils seit
x) Dezember 1946, Febr.47, April usw.

Vor Beginn des Winters müssen diese und etliche andere Personen unbedingt menschenwürdig untergebracht sein.

x) Sonstige Baracken: 211 mit 422 Wohnungen und 2222 Einwohner

Die Wohnverhältnisse in den Baracken verschlechtern sich zusehends. Reparaturen sind dringend erforderlich. Wenn diese nicht erfolgen, sieht sich das Wohnungsamt genötigt, noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit Umquartierungen vorzunehmen.

Zu erwähnen ist noch der Vorgang Johannes Nagel, Schaumburgerstrasse. Nagel lehnte beharrlich jede Aufnahme von Flüchtlingen ab. Auf eine amtliche Erfassung reagierte Nagel mit der Einstellung eines Knechtes und jungen Mädchens, welche in dem beschlagnahmten Wohnraum untergebracht wurden. Die Anmeldung wurde vom Wohnungsamt entgegen genommen, jedoch ohne dass beschlagnahmefähiger Wohnraum für das Personal zu beanspruchen sei. Am 2. 2. 47 sollte eine 3-köpfige Flüchtlingsfamilie eingewiesen werden.

N. lehnte die Aufnahme ab, mit den Worten " er dächte nicht daran". Am 5.2.47 gibt das Wohnungsamt einen Bericht an das Kreiswohnungsamt Pinneberg mit dem Ersuchen, Herrn Nagel vor ein Gericht zu stellen, mit folgendem Antrag:

Die Familie N. hat bei jeder Unterbringung von Flüchtlingen im Hause Nagel, Schauenburgerstrasse, Schwierigkeiten gemacht, sodass die Einweisung mit der Polizei erfolgen mußte.

Die Behandlung der Flüchtlingsfamilie Wagner war derart, dass sich das Wohnungsamt auf Anraten des Flüchtlingsbetreuers, Ratsherrn Carl Ramcke, veranlasst sah, die Familie umzuquartieren.

Die Verhandlung gegen Nagel fand am 1. 7. 47 vor dem Militärgericht in Kiel statt. N. wurde zu RM 1000,-- Geldstrafe oder 2 Monaten Gefängnis und zur Aufnahme von Flüchtlingen verurteilt.

Herr Nagel legte gegen dieses Urteil Berufung ein.
Er wurde jedoch erneut verurteilt.
Am 19. 8. wurde der Fischereimeister Behrens mit Familie
bei Nagel eingewiesen.

Sodann ein Bericht in Sachen Dietze, Elbstrasse 23. :
Herr D. verfügt über größeren Wohnraum. Im Herbst vorigen
Jahres wurde durch das Wohnungsamt ein Zimmer beschlag-
nahmt, wogegen Herr Dietze protestierte. Auf Grund seiner
Eingabe fand eine Überprüfung der Wohnräume durch das
Kreiswohnungsamt statt, und wurden nunmehr 2 Zimmer beschlag-
nahmt. Auch hiergegen reichte Herr Dietze Beschwerde ein,
und es gelang ihm, das 2. Zimmer vorübergehend freizu-
bekommen. Ein Zimmer wurde inzwischen belegt. Am 26.8.47
wurde nun durch den Leiter des Kreiswohnungsamtes im Bei-
sein des Herrn Landrats Damm eine erneute örtliche Be-
sichtigung vorgenommen und alle bis dahin ergangenen Ver-
fügungen aufgehoben und am 1.9.47 neu verfügt.
Lt. der neuen Verfügung sollen nun doch 2 Zimmer belegt
werden und das Wohnungsamt entsprechend die Einweisung vor-
nehmen. Da nun bereits 1 Zimmer inzwischen belegt ist,
und eine fünfköpfige Familie eingewiesen werden soll,
muß 1 Zimmer, wo ein Ehepaar untergebracht ist, wieder ge-
räumt werden.
Gegen diese Maßnahmen protestiert Herr Dietze von neuem,
sowie die Familie Rehahn, die ausquartiert werden soll.
Das Wohnungsamt beschloß nun, durch Zwangsmaßnahme die
Ein- bzw. Ausweisung vorzunehmen. Beide Familien waren
von dieser Handlung ordnungsgemäß in Kenntnis gesetzt
worden. Heute nun erhielt das Wohnungsamt von dem Kreis-
wohnungsamt einen telefonischen Anruf mit der Bitte, die
vorgenommene Zwangseinweisung zurückzustellen, bis die
Entscheidung des Landeswohnungsamtes gefallen sei.
Durch diese Entscheidung gerät das Wohnungsamt der Be-
völkerung gegenüber immer wieder in erneute Schwierigkeiten.

Die Kreisverwaltung Pinneberg hat am 7.6. zur Bildung von
Schlichtungsausschüssen in Wohnungsangelegenheiten aufge-
fordert, die eine Zwischeninstanz zwischen den örtlichen
Wohnungsbehörden und dem Kreiswohnungsamt darstellt.
Der Schlichtungsausschuss soll die Aufgabe haben, eine gült.
Einigung in Wohnungsangelegenheiten, die zu einer Beschwerde
geführt haben, anzustreben. Es sind 5 Bürger namhaft gemacht.

Nachtrag:

Umquartierungen: 166 im Stadtgebiet, *Finz 27.9.47*
v. 1.10.46 - 59 in Baracken Feldstr. und Steinberg
20.9.47 4 in Baracken Scheinwerferstellung
Marienhof.

Ausgewiesene: vom Westen 76
ausgebombte Hamburger 1009

Finz 27.9.47

L a g e b e r i c h t

Vom 1.4.1947 ab ist der in der Sitzung des Hauptausschusses ^{6.7.4.47} genehmigte Stellenplan 1947 in Kraft getreten und dadurch eine gewisse Stetigkeit in der Bearbeitung der Personalangelegenheiten bewirkt worden. Der Stellenplan gilt grundsätzlich als Unterlage für Neueinstellungen, Entlassungen und Besserstellungen einzelner Bediensteter.

Zur Zeit sind bei der Stadtverwaltung beschäftigt:

1.) Stadtverwaltung (Rathaus)

11 Beamte
46 Angestellte, 26 weibliche und 20 männliche
3 Lehrlinge, davon 1 weibl.
3 Feldhüter
2 Schulwarte
4 ständige Arbeiter
9 unständige Arbeiter
2 Reinmachefrauen (Rathaus)

2.) Stadtsparkasse

3 Beamte
7 Angestellte, davon 1 weibl.
2 Lehrlinge, männl.

3.) Stadtwerke

12 Angestellte, 3 weibl. und 9 männl.
10 Handwerker

4.) Städt. Krankenhaus

7 Ärzte (einschl. 2 Volontärärzten)
7 Angestellte, 4 weibl. und 3 männl.
5 Freie Schwestern
4 Schwesternhelferinnen
11 Schwesternschülerinnen
4 Arbeiter
29 Haus- und Küchengehilfinnen
3 Kochlehrlinge (*1000 in Tabak - Pflanzung*)

Hinsichtlich der Personalkosten kommen noch hinzu die städtischen Versorgungsempfänger. Für drei Witwen (Ladwig, Friedrich, Jepsen) werden die Versorgungsbezüge von der Abt. Versorgungskassen des M.d.I bei der Landesregierung laufend erstattet. Für das Rechnungsjahr 1947 ist kürzlich eine Abrechnung der Beiträge und Umlagen zu den Versorgungskassen vorgenommen worden. Nach dem jetzigen Stande belaufen sich die an die Versorgungskassen zu entrichtenden Beträge auf 33 % der ruhegehaltsfähigen Dienststeinkommen der versicherten Beamten.

In letzter Zeit sind häufiger Anträge von städtischen Bediensteten auf Gehaltsverbesserungen eingereicht worden, die im einzelnen auf Grund des Stellenplanes 1947 bearbeitet werden.

Noch nicht durchgeführte Beschlüsse von Ausschüssen bzw. der Stadtvertretung:

1. Besetzung einer weiteren Angestelltenstelle im Büro der Stadtwerke (weibl.)

Beschluss des Hauptausschusses vom 20.6.1947. Besetzung noch nicht vorgenommen, weil bisher sich keine geeignete Arbeitskraft auffinden liess.

2. Satzung für das Unfallmeldewesen - Regelung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes an Sonn- und Feiertagen

Die Angelegenheit ist dem staatlichen Gesundheitsamt (Kreisverwaltung Pinneberg) übergeben worden und wird in der nächsten Sitzung d. des Kreisgesundheitsausschusses sowie wahrscheinlich auch in einer Kreisausschusssitzung durchberaten und darüber entschieden werden, ob eine überörtliche Regelung des Unfalldienstes sowie des ärztlichen Bereitschaftsdienstes an Sonn- und Feiertagen erfolgen kann und soll.-Die bisherige Vereinbarung mit den Ärzten, nach der bereits seit Juli 1947 ein sonntäglicher Bereitschaftsdienst vorläufig eingerichtet wurde, ist dadurch auf einen toten Punkt gekommen, dass von dem Obmann der Ärztekammer, Herrn Dr. med. Karehnke in Halstenbeck, auf eine hiesige Anfrage die Mitteilung einging, dass der Stadtverwaltung durch die Regelung eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes an Sonn- und Feiertagen (ärztlicher Notdienst für die Bevölkerung) keine Kosten in Form einer jährlichen Pauschalsumme entstehen können. Falls den Ärzten mitgeteilt würde, dass die erwähnte Pauschalsumme von RM 1400,-- jährlich an die sieben Ärzte für diesen Bereitschaftsdienst nicht zur Auszahlung kommt, würden sie wahrscheinlich von ihrer Bereitswilligkeit zu diesem Sonntagsdienst zurücktreten. Daher ist nunmehr vorerst abzuwarten, was dazu seitens des Kreisgesundheitsausschusses und evtl. auch des Kreisausschusses beschlossen wird.

3. Besetzung der ausgeschriebenen Stelle des Leiters des Stadtplanungs- und Siedlungsamtes (Angestelltenstelle)

Z.Zt. werden noch zu einzelnen Bewerbungen, welche in die engere Wahl gezogen wurden, Auskünfte eingeholt. (Dipl.Ing. und Architekt Hans Schlosser, Hamburg-Bergedorf.)

4. Lehrgangsbestimmungen für die Krankenpflegeschule im Städt. Krankenhaus Wedel.

Beschluss des Hauptausschusses vom 6.8.1947: Hauptausschuss mit dem vorgelegten Entwurf der Lehrgangsbestimmungen für die Krankenpflegeschule einverstanden. Die noch geforderten Änderungen sind durchgeführt. Die somit bearbeiteten Lehrgangsbestimmungen wurden am 2.9.47 dem Städt. Krankenhaus zugeleitet mit dem Vermerk, dass sie vom Hauptausschuss genehmigt und somit erlassen wurden und rückwirkend ab 1.4.47 in Kraft treten. Daraufhin ist jedoch von Herrn Dr. Müller, Leiter des Städt. Krankenhauses Wedel, noch eine weitere Änderung erbeten worden. Herr Dr. Müller wird sich zu den beschlossenen Lehrgangsbestimmungen noch schriftlich äussern. Diese Äusserung ist bisher noch nicht eingegangen, so dass dadurch diese Angelegenheit noch nicht endgültig abgeschlossen werden konnte.

5. Einrichtung einer Autobuslinie Wedel-Uetersen-Elmshorn.

Beschluss der 17. öffentlichen Sitzung der Stadtvertretung vom 30.1.1947: Gemeinsam mit allen Gemeinden, die an der Strecke Wedel-Elmshorn liegen, ist eine Entschliessung zu fassen und diese der Landesverwaltung in Kiel vorzutragen und somit die Angelegenheit fördernd weiter zu betreiben.

Unter

Unter dem 17.4.47 wurde an die Landesregierung - Wirtschaftsministerium z.Hd. des Herrn Landesministers Diekmann, ein Antrag auf Wiedereinrichtung der Autobuslinie Wedel-Uetersen-Elmshorn unter Zusammenfassung der inzwischen eingegangenen Entschliessungen von etlichen beteiligten Gemeinden eingereicht. Zu diesem Antrage wurde am 3.6.47 noch ein Eingang des Arbeitsamtes Elmshorn nachgereicht, aus welchem das Interesse der Stadt Elmshorn an dem Wiederaufleben dieser Kraftpostlinie hervorging. Bisher ist noch keine Entscheidung der Landesregierung über diesen Punkt eingegangen.

6. Beitritt zur Förderergemeinschaft des gemeinnützigen Versehrtenwerkes Schleswig-Holstein e.V., Flensburg.

Beschluss des Hauptausschusses vom 22.8.47. Mit Schreiben vom 1.9.47 an die Förderergemeinschaft wurde gebeten, die Rolandstadt Wedel als Mitglied der Förderergemeinschaft aufzunehmen und darauf hingewiesen, dass ein Förderbetrag seitens des Hauptausschusses bewilligt war. Da jedoch im Haushaltsplan 1947 noch keine entspr. Geldmittel zur Verfügung gestellt worden sind, sondern diese vielmehr erst nach Genehmigung eines Nachtragshaushaltsplanes bereitgestellt werden können, kann die Überweisung dieses Betrages frühestens erst in einigen Monaten vorgenommen werden. Die Förderergemeinschaft ist entspr. benachrichtigt.

7. Besetzung der 4. Feldhüterstelle

Der Hauptausschuss hat in der Sitzung am 22.8.47 davon Kenntnis genommen, dass der Bewerber Friedrich Stadt die Zustimmung seines jetzigen Arbeitgebers nicht beibringen kann und infolgedessen auf die Stelle des städt. Feldhüters verzichten muss. Als weiterer Bewerber ist Willi Eggert, Wedel, Egenbüttelweg in Aussicht genommen, der persönlich nicht bekannt ist. Eggert war früher Bäcker in Hamburg, wurde dort ausgebombt, nach Bromberg evakuiert und kam als Flüchtling zu seiner Schwester Frau Pingel nach Wedel, Egenbüttelweg. Er arbeitete bis zum 10.6. bei der Deutschen Vakuum und musste hier aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Er ist verheiratet und hat 3 Kinder.

E. macht allerdings äusserlich und körperlich einen nicht besonders kraftigen und stabilen Eindruck, so dass ihm von mir aus nahegelegt wurde, sich doch eine Bewerbung um die Stelle des städt. Feldhüters gründlich zu überlegen, da hierfür doch nur Personen in Betracht kommen könnten, die kräftig sind und körperlich überlegen sein müssten. Eggert hat jedoch am 14.8. eine Bewerbung eingereicht, über die noch zu entscheiden ist. ~~xx~~ Die Angelegenheit liegt in der nächsten Sitzung des Feld- und Forstausschusses vor.

Wedel, den 22.9.1947

L a g e b e r i c h t

Gemeindevertretung:

Während der Zeit vom September 1946 bis heute haben folgende Sitzungen stattgefunden:

- 6 Sitzungen der Gemeindevertretung,
- 9 Sitzungen des Wohlfahrt- und Flüchtlingsausschusses,
- 16 Sitzungen des Wohnungsausschusses,
- 2 Sitzungen des Gesundheitsschusses,
- 10 Sitzungen des Schulausschusses,
- 4 Sitzungen des Kulturausschusses,
- 13 Sitzungen des Bauausschusses,
- 3 Sitzungen des Feld- und Forstausschusses,
- 5 Sitzungen des Ausschusses für die Stadtwerke und das Feuerlöschwesen,
- 4 Sitzungen des Finanzausschusses,
- 13 Sitzungen des Hauptausschusses und
- 7 Sitzungen der Jugendfürsorgekommission.

Schulwesen.

Der Unterricht der Volks-, Mittel- und Hilfsschulen findet in vier Gebäuden unter teilweise recht ungünstigen Verhältnissen statt. Es fehlen vor allem geeignete Schulräume. Die Bemühungen seitens der Verwaltung um eine Baracke für Schulzwecke sind bisher ohne Ergebnis geblieben. Bei einer Erhöhung der Schülerzahl von 968 im Jahre 1938 auf rund 2500 nach dem augenblicklichen Stand, reichen die vorhandenen Einrichtungsgegenstände bei weitem nicht mehr aus. Auf wiederholte Eingaben hat die Landesregierung nunmehr aus einem zur Verfügung stehenden Kontingent 50 Bänke (Zweisitzer) für Volksschulen zur Verfügung gestellt, die nach Fertigstellung von einer Flensburger Firma abgeholt werden können.

Die in Wedel bestehenden Feinmechaniker- und Optikerklassen der gewerblichen Berufsschule ~~an~~ Pinneberg, unterrichten im Schulgebäude A.B.C.-Str.

Der Unterricht in der Gärtnerberufsschule wurde im Oktober 1946 wieder aufgenommen. Diese Schule besuchen z.Zt. 28 Gärtnerlehrlinge aus Wedel.

Feuerungszuteilungen an die Schulen für den Winter 1947/48 sind bisher nicht erfolgt.

Schulkinderspeisung.

Nachdem die Speisung der Kinder durch das dänische Rote Kreuz eingestellt wurde, begann nach den Sommerferien die Hoover-Speisung. Leider ist der Kreis der Kinder, die für die Speisung ausgewählt werden durften, begrenzt. z.Zt. nehmen an der Speisung teil:

Volksschule Altstadt	von 893 Kindern =	1072 693.
Volksschule A.B.C.-Str.	" 1072 Kindern =	1072 687
Mittelschule	" 105 Kindern =	130
Hilfsschule	" 34 Kindern =	18

Volkshochschularbeit.

Durch Ratsbeschluss wurde in Wedel eine Volkshochschule gegründet. Die Beteiligung im Sommersemester war recht rege. Von 36 angesetzten Vorlesungen haben 27 stattgefunden; 9 mussten wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Zu diesen Vorlesungen sind 776 einzelne Meldungen eingegangen von 459 Hörern. Diese 776 Anmeldungen teilen sich auf die einzelnen Vorlesungsgebiete wie folgt auf:

Bildende Kunst und Musik	3	Vorlesungen mit 134 Meldungen
Praktische Kurse (Steuer- und Bilanzkunde)	3	Vorlesungen mit 124 Meldungen
Literatur	2	" " 71 "
Philosophie	2	" " 69 "
Fremdsprachen	5	" " 166 "
Rechnen und Mathematik	3	" " 91 "
Geschichte	4	" " 67 "
Frauenfragen	2	" " 25 "
Politik, Recht u. Wirtschaft	3	" " 29 "

Überraschend gering war das Interesse an den Vorträgen über Staat, Recht und Wirtschaft. Von 8 angesetzten Vorlesungen konnten nur 3 durchgeführt werden, und auch diese 3 waren nur sehr schwach besucht. An dieser Vorlesung - es war die über moderne Arbeiterbewegung - wurde ausnahmsweise für nur 6 gemeldete Hörer abgehalten, um die wenigen Interessenten, die sich mit Mut und Verstandnis der notwendigen Auseinandersetzung mit den brennenden Tagesfragen stellen wollten, nicht zu enttäuschen.

Das Wintersemester 1947/48 beginnt am 1.10.47. Der Arbeitsplan ist reichhaltiger als der des Sommersemesters und umfasst 47 Vorlesungen und Kurse sowie einige Einzelvorträge.

Jugendbewegung.

Die Jugendarbeit in den einzelnen Organisationen geht gut voran. Das Jugend- und Volksheim in der Hübischentwiete (früher Schullandheim) wurde nach der Fertigstellung am 17.8.47 eingeweiht und den Jugendgruppen übergeben. Viele Jugendliche finden sich hier taglich zum fröhlichen Spiel und ernster Zusammenarbeit zusammen. Mancher hat sich bereit gefunden, an der Ausgestaltung des Heimes durch Selbstanfertigung von Leuchtern, Zeichnungen usw. beizutragen. Ein Versammlungsraum, ein Spiel- und Lesezimmer sowie ein Bastelraum, steht zur Verfügung. Es konnte bisher allgemein festgestellt werden, dass die Einrichtung dieses Heimes aufs wärmste begrüsst wird. Leider fehlt es z.Zt. noch an Unterhaltungsspielen aller Art; doch man hofft, dass mancher Wedeler Einwohner dem Aufruf der Verwaltung folgt und entbehrliche Spiele der Jugend zur Verfügung stellt.

Wedel, den 23. September 1947

Klin Mäcker

Wedel/Holst., den 19. September 1947.

An die
Hauptverwaltung
im Hause.

Lagebericht für die Zeit vom Oktober 1946 bis heute.
Zur Verfg. vom 17.9.1947.

Die Abfertigung des Publikums verlief in der Berichtszeit reibungslos. Von den Einzelhändlern wurde darüber Klage geführt, dass die Lebensmittelaufäufe öfter zu spät in ihre Hände kämen.

Die Warenbeschaffung stockte zeitweise besonders bei Nahrungsmitteln. Infolgedessen war es den Einzelhändlern oft schwer, die Grundmengen zusammen zu haben, zumal oft unbelieferte Scheine bei den Grossisten unterwegs waren.

Im März d.Js. erfolgte eine Prüfung durch das Kreisernährungsamt in Pinneberg. Differenzen haben sich nicht ergeben.

Die Abrechnungen mit den Tabakwareneinzelhändlern sind durch einen Kreisprüfer im Juni d.Js. geprüft und in Ordnung befunden worden. In dieser Woche ist eine Prüfung sämtlicher Tabakwareneinzelhändler durch das Kreiswirtschaftsamt erfolgt. Es zeigte sich, dass trotz der Neufestsetzung von Kontingenten erneute Fehlmengen festgestellt wurden. Der Bericht über die Prüfung steht noch aus.

In

In der Seifenbewirtschaftung sind durch die Neuregelung Schwierigkeiten entstanden. Fast alle Geschäfte klagen über einen zu geringen Bestand. Eine telephonische Rückfrage in Pinneberg hat ergeben, dass diese Schwierigkeiten in allen Orten bestehen und Pinneberg erartet eine Neuregelung durch das Landeswirtschaftsamt in Kiel.

Beschlüsse der Ratsherren, die die Abrechnungsstelle betreffen, sind nicht erfolgt.

VII, 2

Petersen

Übersicht über die Kriminalität in Wedel

=====
vom 1. Oktober 1946 bis 21. September 1947.

3 Raubüberfälle	2 aufgeklärt	
5 gefährliche Körperverletzungen		5 aufgeklärt
6 einfache Körperverletzungen		4 aufgeklärt
1 Räuberischer Diebstahl		
59 schwere Diebstähle		29 aufgeklärt
207 einfache Diebstähle		105 aufgeklärt
161 sonstige Delikte		160 aufgeklärt
<u>442 Straftaten</u>		<u>303 aufgeklärt</u>

davon:

24 Großviendiebstähle	7 aufgeklärt
87 Kleinviendiebstähle	22 aufgeklärt
7 Schwarzschlachtungen	7 aufgeklärt
9 Schwarzbrennereien	9 ausgehoben.

Sonstige Ereignisse:

3 Großbrände (in der Ölfabrik, bei Komenda, u. bei Schmidt)
6 Selbstmorde
1 versuchter Selbstmord
2 männliche Personen beim Baden ertrunken u. (geborgen)
7 Leichen ~~haken~~ geborgen (aus der Elbe)
14 Verkehrsunfälle.

Drescher

(Drescher)
K. Pol. Wachtmeister.

Der Leiter
der Polizei-Abteilung
Wedel/Pinneberg

Wedel, den 21.9.47. 23.9.47. 23. SEP. 1947

Der
Gemeindevverwaltung
im Hause

unter Bezugnahme auf das dortige Ersuchen vom 17.9.47 übersandt.

Hausen
Pol. Obermeister. /Fl.

An den
Herrn Stadtdirektor
im Hause.

Betrifft: Lagebericht.

Durch Verteilung von Kleidungsstücken im Januar 1947, die die Unterstützungsempfänger kostenlos erfolgte, konnte die grosse Not der Flüchtlinge etwas gemildert werden. Ferner wurden im Februar 47 einmalige Beihilfen für Brennstoffe gewährt, die je nach Grösse des Haushalts 15.-- bis 50.--RM betrugen. Ab Juni 1947 konnten die Rätze der Räumungsfamilienunterhalts-Empfänger nach den Sätzen der gehobenen Fürsorge erhöht werden. Die bevorstehende Auszahlung einer Brennstoffbeihilfe wird von den Unterstützungsempfängern, die trotz der am 1.6.47 eingetretenen Erhöhung der Unterstützungssätze immer noch mit jedem Pfennig rechnen müssen, lebhaft begrüsst.

Die Angelegenheit der Ausweise für bevorzugte Abfertigung wird teilweise noch kritisiert. Doch die Einschaltung eines Ausschusses zur Überprüfung der Anträge auf Ausstellung dieser Ausweise und durch häufige Kontrollen in den Geschäften durch Mitglieder des Fuenausschusses ist aber schon eine Beruhigung eingetreten.

Besondere Vorfälle haben sich in der Dienststelle nicht ereignet.

Bericht über die von den Ausschüssen und der Ratsversammlung gefassten Beschlüsse.

~~alle~~ alle Beschlüsse sind durchgeführt bis auf Möbelsammlung, die jetzt durchgeführt wird.

Wichtige Beschlüsse des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses, die ausgeführt sind:

1. Neueinteilung der Flüchtlingsbezirke in 7 Bezirke und Bestellung von Pflegern und Helfern. (5.Sitzung am 3.10.46, Punkt 1)
2. Überweisung der von der Kreisverwaltung Pinneberg zur Verfügung gestellten Summe von 1.500.--RM für Flüchtlingsbetreuung an die Wedeler Hilfgemeinschaft (6. Sitzung am 12.12.46, Punkt 1)
3. Kindererholungsfürsorge. Die Kosten sollen aus den laufenden Unterstützungsmitteln gezahlt werden.(6.Sitzung am 12.12.46, Punkt 2)
4. Zahlung einer einmaligen Beihilfe an Fu-Empfänger, Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene und Empfänger der allgemeinen Fürsorge u. gehobenen Fürsorge(7. Sitzung am 11.2.47, Punkt 3)
5. Kleingartenbeschaffung.(8. Sitzung am 31.3.47, Punkt 4)
6. Verteilung von Lebensmittelpaketen aus einer Spende des Britischen Roten Kreuzes an kinderreiche Familien.(8.Sitzung am 31.3.47, Punkt 1)
7. Luftschutzbetten (9. Sitzung am 9.5.47, Punkt 4a)
8. Prüfung der Anträge auf Spinnstoffwaren, Schuhe und Hausrat. (9. Sitzung am 9.5.47, Punkt 3)
9. Heilkräutersammlung für Arzneizwecke(10. Sitzung am 11.8.47, Punkt 1)

wenden

Wichtige Beschlüsse der Jugendfürsorge-Kommission, die ausgeführt sind:

1. Kindergarten (1. Sitzung am 28.1.47, Punkt 2) 3. Sitzung am 25.2.47, Punkt 6d, 8. Sitzung am 15.7.47, Punkt 9d).
2. Anfertigung einer Kartei aller Jugendlichen im Alter von 14-20 Jahren, die nicht im Hause der Eltern leben(2. Sitzung am 11.2.47, Punkt 3a)
3. Einteilung der Stadtgebietes in 7 Bezirke, die von den 7 Mitgliedern der Fürsorge-Kommission betreut werden(3. Sitzung am 25.2.47, Punkt 2)
4. Auswertung der Berichte über die überprüften Jugendlichen(nach der Kartei.) (4. Sitzung am 13.3.47, Punkt 4) 6. Sitzung am 8.4.47, Punkt 3, 7. Sitzung am 5.5.47, Punkt 2 und 8. Sitzung am 15.7.47 , Punkt 2)
5. Antrag auf Erlass einer Jugenschutzverordnung beim Kreisjugendamt in Pinneberg. (3. Sitzung am 25.2.47, 6. Sitzung am 8.4.47, Punkt 5).

*Y. A.
Lienau*

Zahl der Unterstützten.

<u>Stand Oktober 1946</u>		<u>Stand September 1947</u>		<u>Zunahme</u>	<u>Abnahme</u>	
<u>Allgemeine Fürsorge</u>						
Part.-Z.	Kopfz.	Part.-Z.	Kopfz.	Part.-Z.	Kopfz.	Part.-Z. K.Z.
21	54	23	62	2	8	---
<u>Kleinrentner und Gleichgestellte</u>						
6	11	5	7	---		1 4
<u>Sozialrentner</u>						
23	36	22	33	--		1 3
<u>Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene</u>						
33	66	47	89	14	23	---
<u>EFU- Empfänger</u>						
72	208	57	168	---		15 40
<u>Flüchtlinge RFU- Empfänger</u>						
362	869	328	821	---		34 48
<u>Insgesamt</u>						
<u>Mithin Abnahme</u>				16	31	51 95
						35 44

*Y. A.
Lienau*

1. Allgemeines

Den Stadtwerken obliegt die Strom- und Gasversorgung der Bevölkerung im Versorgungsgebiet der Stadt Wedel.

Beschäftigt werden:

a) Angestellte

- 1 techn. Leiter
- 1 kaufm. Leiter
- 2 männl. Büroangestellte
- 3 weibl. Büroangestellte
- 3 Ableser und Kassierer
- 1 Bote

Die Anstellung einer weiteren weiblichen Angestellten ist von der Gemeindevertretung genehmigt, konnte aber, da eine Zuweisung durch das Arbeitsamt noch nicht erfolgte, bisher nicht durchgeführt werden.

Die Übernahme der Ableser und Kassierer und des Boten in das Angestelltenverhältnis erfolgte ab 1.4.1947.

b) Lohnempfänger

- 2 Schaltwärter
- 1 Lagerverwalter und Accumulatorenwärter
- 1 Netzmonteur
- 1 Netz-Hilfsmonteur
- 3 Elektriker
- 1 Schlosser
- 1 Platzarbeiter
- 4 Kontrolleure

Dem Ausschuß der Stadtwerke gehören folgende Herren an:

Stadtrat Balke, Vorsitzender
Ratsherr Behrens,
" Kahl,
" Lesshafft,
Bürger Köhler,
" Richter,

In dem Berichtszeitraum fanden 5 Sitzungen des Ausschusses statt.

1. Sitzung am 9.12.46

1. Bericht über den Stand der Umbauarbeiten für die Umstellung von Gleich- auf Drehstrom.
2. Bericht über die bisherigen finanziellen Aufwendungen für den Umbau von Gleich- auf Drehstrom.
3. Bericht über den Stand des Strom- und Gasbezuges und der Abgabe.
4. Sonstiges.

Zu Punkt 1 wurde beschlossen:

- a) Es ist für die in 4 Wochen stattfindende neue Sitzung eine Liste der Besitzer, die von den Stadtwerken Drehstrommotore bezogen haben, aufzustellen.

Vorweg sind die Besitzer zur Abgabe einer Erklärung darüber, daß sie noch im Besitze der Motore sind, aufzufordern.

Ausführung:

Die Besitzer von Drehstrommotoren wurden zur Abgabe der Erklärung aufgefordert und von denselben, soweit die Motore noch vorhanden bzw. mutmaßlich vorhanden waren, abgegeben. Die Aufstellung mit den Erklärungen wurde in der Sitzung am 11.1.47 vorgelegt.

- b) Die Umschaltung muß zur Sicherstellung der Stromversorgung unbedingt vorangetrieben werden. Einzelinteressen haben dabei zurückzustehen.

Ausführung:

Die Umstellungsarbeiten werden weiter durchgeführt, jedoch lassen sich diese Arbeiten wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Elektromaterial, insbesondere von Zählern und Motoren, nur schleppend voran-treiben.

Zu Punkt 4-d) Straßenbeleuchtung. Die weitere Inbetriebnahme soll vorangetrieben werden.

Ausführung:

Die erweiterte Instandsetzung und Inbetriebnahme erfolgte für die Strecke Rosengarten - Rissenerstraße und in der Bahnhofstraße.

2. Sitzung am 11.1.1947

1. Besprechung bezügl. Stromsperren
2. Beschlagnahme von Drehstrommotoren
3. Verschiedenes

Zu Punkt 1 wurde beschlossen, im Verhandlungswege mit der Schleswag andere Abschaltzeiten zu erreichen und in der Stromversorgung die Trennung von der Schleswag und, da das Lieferkraftwerk der H.E.W. in Wedel liegt, den Anschluß an die H.E.W. zu betreiben.

Ausführung:

Es konnte in beiden Fällen nichts erreicht werden.

Zu Punkt 2. Die Liste der zu beschlagnahmenden Drehstrommotore mit den Erklärungen der Besitzer wurden vorgelegt. Die Durchführung der Beschlagnahme wurde beschlossen, ferner wurde beschlossen, daß die Motore nur zu Gunsten der Umstellung von Gleich- auf Drehstrom beschlagnahmt werden.

Ausführung:

Die Beschlagnahme erfolgte über die Gemeindeverwaltung durch die Kreisverwaltung im Rahmen des Reichsleistungsgesetzes. Die Motore sind auf Lager genommen.

Zu Punkt 3. Nur unwesentliche Mitteilungen

3. Sitzung am 10.2.1947

1. Beratung Strom- und Sondertarif für einen Großabnehmer
2. Festlegung des Strompreises für die Stadt Wedel
3. Erwerb von Grundstücken für die Trafostationen
4. Vorlage eines Vertragsentwurfs betr. Trafostationen auf fremden Grund
5. Mitteilungen

Zu Punkt 1. Die in der Vorverhandlung genannten Leistungs- und Arbeitspreise und die vorgesehenen Verhandlungsbasen wurden vom Ausschuß gebilligt.

Ausführung:

Die geplante Erweiterung in dem betreffenden Betrieb wird noch nicht durchgeführt, so daß sich dadurch der Abschluß eines neuen Sondertarifs vorerst erübrigt.

Zu Punkt 2. wurde die Ermäßigung des Strompreises von 9 Rpf/kWh auf 7 Rpf/kWh für die Stadtverwaltung, Krankenhaus, Straßenbeleuchtung und sonst. Städt. Gebäude beschlossen.

Ausführung:

Die Berechnung erfolgt rückwirkend ab Ablesung Januar 1947.

Zu Punkt 4. Es wurde beschlossen, den § 2 des vorgelegten Entwurfs bezüglich der Benutzung der abgegrenzten Fläche abzuändern. Im übrigen wurde der Vertragsentwurf gebilligt.

Ausführung:

Der § 2 des Vertragsentwurfs wurde abgeändert und mit den Grundstücksbesitzern Biernoth, Preuschhoff und v. Helms Vorverhandlungen geführt.

Zu Punkt 5-d) Werktarife

Der Antrag der Betriebsangehörigen auf Bewilligung eines Werk-Sondertarifs wurde dem Hauptausschuß zuständigkeitshalber befürwortend zugeleitet.

4. Sitzung am 6. Juni 1947

1. Bericht über durchgeführte Motoren-Beschlagnahmeaktion
2. Abschluß der Grundstücksnutzungsverträge
3. Werktarife für Betriebsangehörige
4. Vorlage des Wirtschaftsplanes 1947
5. Vorlage des Jahresberichts 1946 mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung
6. Beratung über Erstellung von Anschlüssen, falls keine Zähler vorhanden
7. Mitteilungen

Zu Punkt 1. Von den beschlagnahmten 44 Motoren sind 36 Stück eingegangen. Zur Erledigung des Vorganges sind die Besitzer der fehlenden 8 Motore der Gemeindeverwaltung namentlich aufzugeben.

Ausführung:

Die Meldung an die Gemeindeverwaltung erfolgte mit Schreiben vom 17.6.47

Zu Punkt 2. Die Vertragsentwürfe wurden den Grundstücksbesitzern

F. Biernoth, Rissenerstraße

L. Preuschhoff, Bahnhofstraße

J. v. Helms, Bei der Doppeleiche

übersandt, alle erklärten sich einverstanden.

Von dem Ausschuß wurden der ~~Ab~~schluß der Verträge nach dem Vertragsentwurf einstimmig gebilligt.

Ausführung:

Die Verträge sind endgültig abgeschlossen.

Zu Punkt 3. Von den vorgelegten Werktarifentwürfen wurde der Entwurf 2 vom Ausschuß einstimmig genehmigt.

Ausführung:

Die genehmigten Werktarife sind ab Ablesung Juli 1947 eingeführt.

Zu Punkt 4. Der Wirtschaftsplan 1947 wurde vorgelegt. Es wurden keine Bedenken erhoben.

Zu Punkt 5. Je 2 Ausschußmitgliedern wurden je 1 Bericht und 1 Inventuraufstellung zur Durchsicht übergeben. Der Punkt wurde damit bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Zu Punkt 6. Es wurde einstimmig beschlossen Neuanschlüsse, insbesondere Kraftstromanschlüsse, wofür keine Zähler vorhanden sind, solange zurückzustellen, bis Zähler zur Verfügung sind bzw. vom Konsumenten zur Verfügung gestellt werden können.

Dieser Beschluß wurde durch Ratsbeschluß in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 3.7.47 dahingehend geändert, daß in allen Fällen, bevor von den Stadtwerken eine Ablehnung erfolgt, die Angelegenheit dem Hauptausschuß zur Prüfung und endgültigen Entscheidung vorgelegt werden muß.

Ausführung:

Es wird künftig gemäß Ratsbeschluß verfahren.

Zu Punkt 7-a) Durch Störungen erforderlicher Bereitschaftsdienst.

Es wurde einstimmig beschlossen einen Störungsdienst für die Sonnabende, Sonntage und Feiertage von 7 bis 21 Uhr einzusetzen, wofür dem Bereitschaftsdiensttuenden ein Bereitschaftsgeld von RM 7,-- pro Tag und Schicht zu bezahlen ist.

Ausführung:

Der Bereitschaftsdienst ist sofort eingeführt.

Zu Punkt 7-b) Personaleinstellung.

Es wurde einstimmig beschlossen

- 1 Zählerableser und Kassierer
- 1 weibl. Angestellte

einzustellen.

Ausführung:

Als Zählerableser wurde der als Kontrolleur beschäftigte Wilhelm Behl eingestellt, wofür ein neuer Kontrolleur in der Person des Schwerkriegsbeschädigten Rupschert eingestellt ist. Eine weibliche Angestellte wurde, wie schon erwähnt, noch nicht angestellt.

5. Sitzung am 17.9.1947

1. Besprechung des Jahresberichts 1946
2. Beschlußfassung über den Beitritt zum Verband Nordwestdeutscher Elektrizitätswerke
3. Niederschlagung kleinerer uneintreibbarer Forderungen
4. Besprechung der Durchführung der angeordneten Maßnahmen bezüglich der Strom- und Gasverbrauchskontrollen.
5. Genehmigung der erhöhten Lohnforderungen der Fa. Siemens-Schuckertwerke für die beim Umbau beschäftigten Monteure.
6. Mitteilungen.

Zu Punkt 1. Die den Ausschußmitgliedern zur Einsichtnahme überlassenen Jahresberichte und Inventuraufstellungen wurden zurückgegeben. Es wurden keine Einwendungen erhoben und der Betriebsleitung somit Entlastung erteilt.

Zu Punkt 2. Der Beitritt zum Verband Nordwestdeutscher Elektrizitätswerke wurde einstimmig beschlossen.

Zu Punkt 3. Die Niederschlagung der uneintreibbaren Forderungen:

- a) Hinricus Franse, früher Feldstr. 76/II Eing.
verzogen nach Holland,
Schuld, Rechnung vom 15.4.47 = RM 3,24
- b) Carl Puchner, früher Feldstr. 59a, Baracke 59, II Eing.
verzogen nach Steier-Ober-Oesterreich, Hardtge-Mühlen-
str. 36,
Schuld, Rechnung vom 12.6.47 = RM 3,44

wurde einstimmig beschlossen.

Zu Punkt 4. Die von der Betriebsleitung bisher durchgeführte erfahrungsmäßige Anwendung der Anordnung wird einstimmig gutgeheißen.

Zu Punkt 5. Die Betriebsleitung wurde angewiesen nochmals mit dem leitenden Ingenieur der Fa. S.S.W., Herrn Soltan, in der Angelegenheit der Lohnerhöhung zu verhandeln.

Zu Punkt 6-a). Antrag Alwin Witt auf Freigabe eines Drehstrommotors wurde einstimmig abgelehnt.

- b) Der Antrag der ledigen Betriebsangehörigen
auf Genehmigung der Werktarife für sie, wird dem Hauptausschuß zuständigkeitshalber befürwortet vorgelegt.
- c) Mitteilung über Diebstahl eines Drehstrommotors
Da Nr. und Type des Motors bekannt sind, wird beschlossen, alle Anlagen im Drehstrom-Versorgungsgebiet zu überprüfen. Hierfür sollen die Kontrolleure eingesetzt werden.
- d) Pflichtprüfung für Wirtschaftsjahr 1946
Der Ausschuß wurde in Kenntnis gesetzt, daß mit der Durchführung der Pflichtprüfung der Wirtschaftsprüfer, Herr Dr. Th. Jebens, Elmshorn, beauftragt ist und daß derselbe sie im Herbst 1947 durchführt.
- e) Freie Feuerung und Strom für den techn. Betriebsleiter.
Zur Beschlußfassung in dieser Angelegenheit ist der Hauptausschuß zuständig. Vom Ausschuß der Stadtwerke wird der Antrag einstimmig befürwortet.
- f) Wiedereinstellung des ehemaligen Netzmonteurs Behrens
Der dem Hauptausschuß vorliegende Antrag auf Wiedereinstellung wird vom Ausschuß einstimmig befürwortet.

Ausführung:

Da die Beschlüsse erst von der Gemeindevertretung zu genehmigen sind, steht die Ausführung auf.

II. Elektrizitätsversorgung

Der Strom wird von der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgungs-A.G., Rendsburg, ab Kraftwerk Schulpau der HEW hochspannungsseitig geliefert.

Infolge der Kohlenknappheit wurden von übergeordneten Dienststellen in den Wintermonaten 1946/47 Stromsperrzeiten angeordnet, die sich allgemein unangenehm auswirkten. Im Verhandlungswege gelang es immerhin noch soviel Leistung in der Sperrzeit frei zu bekommen, daß die lebenswichtigen Betriebe, wie Krankenhaus, Wasserkwerk und Aromax auch in den Sperrzeiten, wenn auch beschränkt, beliefert werden konnten.

Außer geringfügigen Störungen infolge Auslösung der Netzschnalter

durch Spannungsdifferenz, Netzstörungen usw. traten nennenswerte Störungen nicht auf.

Es wurden bezogen:

	1945/1946	1946/1947
Oktober	263500 kWh	406000 kWh
November	253000 "	409500 "
Dezember	276000 "	475700 "
Januar	306900 "	354400 "
Februar	287900 "	258400 "
März	282980 "	246500 "
April	269820 "	333200 "
Mai	263300 "	340000 "
Juni	252000 "	328100 "
Juli	287100 "	334200 "
August	296000 "	350100 "
Bezug in 11 Monaten	3038500 kWh	3836100 kWh
	=====	=====

Der Bezug stieg trotz der eingelegten Sperrzeiten um 797600 kWh = 26% gegenüber dem im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Stromabgabe konnte ohne wesentliche Störungen durchgeführt werden.

Da die Umstellungsarbeiten von Gleich- auf Drehstrom infolge der Beschaffungsschwierigkeiten nur langsam vorangehen, ist zur Sicherstellung der Gleichstromversorgung noch ein 2. Eisengleichrichter aufgestellt. Die Arbeiten sind ausgeführt von einem Spezialmonteur und einem Hilfsmonteur der Fa. Siemens-Schuckertwerke A.G., Hamburg. Die Inbetriebnahme erfolgte Anfang Sept. 1947.

Es wurden abgegeben lt. Ablesung

	1945/1946	1946/1947
September	159352 kWh	246896 kWh
Oktober	171084 "	245297 "
November	195850 "	290577 "
Dezember	182024 "	307739 "
Januar	193008 "	345946 "
Februar	201457 "	270530 "
März	189810 "	206759 "
April	199409 "	229399 "
Mai	165313 "	289071 "
Juni	207826 "	295091 "
Juli	182494 "	260206 "
August	205531 "	283503 "
Abgabe in 12 Monaten	2253158 kWh	3271014 kWh
	=====	=====

Die Abgabe stieg gegenüber der in den vorhergehenden 12 Monaten um 1017856 kWh = 45%

Die Umstellungsarbeiten von Gleich- auf Drehstrom konnten, wie schon erwähnt, nur schleppend vorangetrieben werden. Im Berichtszeitraum wurde die Umschaltung in folgenden Straßenzügen durchgeführt:

Schillerstraße
 Blücherstraße
 Bismarckstraße (Teilstrecke)
 Rollberg
 Am Lohhof (Teilstrecke)
 Tinsdalerweg (Teilstrecke)
 Moltkestraße
 Bergstraße

Rissenerstraße (Teilstrecke)
Moorweg
Sandlochweg
Quälkampsweg
Gnäterkuhlenweg

Das Wandlerhaus Moorweg wurde erbaut und die Schaltanlage der Station in Betrieb genommen.

Für die Umstellungsarbeiten wurden bisher aufgewandt:

1. Wandlerhäuser	RM	13898,38
2. Schaltanlagen der Stationen "		37529,96
3. Hochspann. Freil. Netz	"	42596,12
4. Hochsp.-Kabelnetz	"	83447,83
5. Niedersp. Kabelnetz	"	22876,63
6. Niedersp. Freil. Netz	"	22915,84
7. Freil. Hausanschlüsse	"	4535,64
8. Kabelhausanschlüsse	"	1062,64
9. Straßenbeleuchtung	"	640,05
10. Zählerbeschaffung	"	5936,05
11. Material- und Transform. Beschaffung (zwar noch nicht eingebaut bzw. abgerechn.)	"	64718,13
Gesamtaufwand	RM	300157,27
		=====

wovon RM 80.000,-- durch die Anleihe bei der Stadtparkasse und RM 220.157,27 aus laufenden Mitteln aufgebracht wurden. Infolge der erhöhten Preise ist mit weit höheren Umbaukosten, wie im Voranschlag der Fa. Siemens angegeben, zu rechnen, doch hoffen wir die weiteren Kosten aus laufenden eigenen Mitteln aufbringen zu können, wenn die Umstellung in dem jetzigen schleichenden Tempo weiter geht.

III. Gasversorgung

Das Gas wird von den Hamburger Gaswerken GmbH., Hamburg, bezogen. Die Haushaltgasversorgung wurde am 26.9.46 wieder aufgenommen. Für die Versorgung mit Gewerbegas ist in jedem Einzelfalle die Genehmigung der Hamburger Gaswerke erforderlich.

Störungen im Bezug und Abgabe sind nicht aufgetreten. Wegen Kohlenknappheit wurde lediglich in den Wintermonaten der Druck zeitweise soweit gedrosselt, daß in den Haushaltungen eine nutzbare Verwendung nicht möglich war.

Der Gasbezug betrug:

	1945/1946	1946/1947
September	803 cbm	9070 cbm
Oktober	1425 "	39185 "
November	13587 "	43696 "
Dezember	18334 "	42106 "
Januar	9973 "	49542 "
Februar	10651 "	30102 "
März	11096 "	29317 "
April	8263 "	34787 "
Mai	3401 "	44675 "
Juni	3452 "	39561 "
Juli	4033 "	45052 "
August	3921 "	43679 "
Gesamtbezug	88939 cbm	450772 cbm
	=====	=====

Der Mehrbezug von 361833 cbm gegenüber dem in den vorhergehenden 12 Monaten, ist auf die Wiederaufnahme der Haushaltgasversorgung zurückzuführen.

Die Gasabgabe betrug:

	1945/1946	1946/1947
September	933 cbm	3934 cbm
Oktober	641 "	20928 "
November	1444 "	34186 "
Dezember	13549 "	38596 "
Januar	18334 "	44670 "
Februar	9974 "	45174 "
März	10661 "	32014 "
April	11109 "	30719 "
Mai	8271 "	33853 "
Juni	3410 "	38494 "
Juli	3461 "	36839 "
August	4041 "	41893 "
Gesamtabgabe	85768 cbm	401300 cbm
	=====	=====

Die Mehrabgabe von 315532 cbm gegenüber der Abgabe in den vorhergehenden 12 Monaten ist wie bei dem Bezug auch auf die Haushaltgasversorgung zurückzuführen.

Wedel in Holstein, den 22. September 1947

Stadtwerke
Wedel i. Holst.

Lagebericht des Ernährungsamtes.

Wedel, den 20.9.47.

Eine erhoffte Erhöhung der Kalorienzahl trat nicht ein. Zu Schwierigkeiten führte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, da wir nur zeitweilig geringe Zuteilungen von Pinneberg erhielten. Diese reichten nicht aus, um die ganze Bevölkerung zu versorgen, Arbeitsbelastungen wurden durch die erhöhten Zuwanderungen, und durch die Bearbeitung verlorengegangener Karten, sowie durch erhöhte Krankenkostzuteilungen hervorgerufen.

Die alten Leute über 70 Jahre erhielten erfreulicher Weise täglich $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch, was jetzt aber in entrahmte Frischmilch abgeändert worden ist. Die Kartoffelversorgung wird sich in diesem Jahr schwierig gestalten. An Einkellarungskartoffeln ist bis jetzt nur 1 Zentner aufgerufen worden.

Es wäre wünschenswert, wenn die jeweiligen Verfügungen von Pinneberg uns pünktlicher erreichen würden, da sonst das Publikum unnötig im Amt erscheinen muss.

Schmied

B e r i c h t

Brennstoffbeschaffungsamt.

1.) Torferde.

Die im Frühjahr aufgenommene Beschaffung von Torferde über das KWA ~~ist~~ von Fischerhütte hatte nicht den erwarteten Erfolg. Von den 8 000 cbm bestellter Torferde sind bis jetzt nur ca. 4 000 cbm angekommen. Durch Arbeitermangel, Reparaturen an den Fördereinrichtungen und Schlechtwetterlage wird die geringe Anfuhr von Torferde begründet. Es ist damit nur knapp die Hälfte der Haushalte beliefert, die Torferde bestellt hatten. Die Anfuhr geht so lange weiter wie es die Wetterverhältnisse gestatten und Abnehmer für die Torferde vorhanden sind.

2.) Holz.

Für das Jahr 1947/48 erhält die Stadt Wedel vom KWA. 1230 rm Holz zugewiesen.

130 rm aus Privatbeständen	Krs. Pinneberg
600 rm " " "	Krs. Stormarn
500 rm " Fiskusbestand	Krs. Stormarn

Es wurden mit den massgebenden Stellen Verhandlungen zum Einschlag, Transportieren und Anführen ~~durchgeführt~~ von den einzelnen Einschlagstellen durchgeführt :

Rissener Wald	70 rm	diese sind bereits hier
Gutsverwaltung		
Haidehof	40 rm	der Haidehof schlägt Ende September
über	20 rm	wird noch Beschwerde erwartet
Wulksfelde	200 rm	der größte Teil ist hier; über den Rest wird verhandelt.
Lütjensee	200 rm	100 rm werden sofort abgefahren, die nächsten 100 rm im Oktober
Rausdorf	300 rm	139 rm von der Forstverwaltung eingeschlagen; 161 rm von der Firma Gehrcke, werden angefahren
Wotersen	400 rm	noch nicht begonnen wegen Arbeitermangel

Es sind ca. 250 rm Brennholz in Wedel, so dass ein Aufruf für die Haushalte ohne Kochstrom und Gas nach Ermittlung des Zentner-Preise in den nächsten Tagen erfolgen kann.

3.) Feste Brennstoffe.

Diese werden vom KWA. beschafft. Es sind als Winterbevorratung bis jetzt aufgerufen :

Für Haushalte mit 2 und mehr Personen	5 Ztr. Braunkohlen-Briketts
Für Haushalte ohne Gas oder Kochstrom	1 Ztr. zusätzlich

Besondere Beschlüsse der Ausschüsse oder der Ratsversammlung sind nicht vorhanden.

Wedel, den 22. September 1947.
B.B.A.

Polmer ~~W.R.~~

L a g e b e r i c h t.

Im verflossenen Jahre wurde eine ganze Reihe von Planungen in die Wege geleitet, von denen allerdings noch ein grosser Teil im Stadium der Vorbereitung begriffen ist. Eine besondere Schwierigkeit bildete ~~auf~~ ^{an} allen Gebieten die Materialbeschaffung. Die Ausführung grösserer Vorhaben ist nahezu unmöglich. Eine gewisse Erleichterung ist dadurch eingetreten, dass ein Teil des erforderlichen Bauholzes aus eigenen Beständen beschafft werden konnte und ebenfalls Abbruchsteine aus Hamburg heraus geschafft wurden. Trotzdem kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass die Hauptmasse der im Orte verbauten Baustoffe vom Schwarzmarkt oder ähnlichen Quellen stammt. Die amtlich zugeteilten Kontingente reichen kaum dazu aus, die allerdringlichsten Instandsetzungen auszuführen.

Im Sommer d.J. wurde das Siedlungsvorhaben auf dem sogenannten Reiterplatz in Angriff genommen. Die Bauplätze sind bis auf einige wenige vergeben worden. Von den in Angriff genommenen Bauvorhaben werden einige voraussichtlich noch in diesem Jahre fertiggestellt werden können. Bisher wurden an Baustoffen 10 t Zement bereit gestellt.

Zur Schaffung weiteren Siedlungsgeländes wurde, nachdem sich die Verhandlungen mit Conrad's Erben und Möller's Erben zerschlagen hatten, ein 2 1/2 ha. grosses Gelände am Moorweg von der E.W. Hardtsches Gutsverwaltung zunächst auf 5 Jahre unter gleichzeitiger Kaufzusage gepachtet. Auf diesem Grundstück wurden 32 Bauplätze neu geschaffen, von denen ein Teil bereits vergeben ist. Ein Teil der Siedlungsbewerber hat mit dem Bau bereits begonnen.

Auch die Siedlungsgenossenschaft Eigenheim beabsichtigt durch ein grösseres Bauvorhaben eine grössere Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Um das Gelände hierfür bereitstellen zu können, wurden Verhandlungen mit dem Bauern Johannes Körner, Elbstr., gepflogen mit dem Ergebnis, dass dieser bereit ist, an die Stadt ein rund 4 ha. umräs-sendes Gelände zunächst pachtweise zu überlassen.

Die Beseitigung von Bombenschäden wurde auch im vergangenen Jahre weiter durchgeführt. Infolge der Materialknappheit müssen sich die Arbeiten jedoch auf die Wiederherrichtung und Ausbesserung leicht beschädigten Wohnraum's beschränken. Einige Hauseigentümer konnten ihre Grundstücke durch Selbsthilfe mit Unterstützung des Bauamtes wieder herrichten. Die Schaffung zusätzlichen Wohnraum's war jedoch im wesentlichen Umfange nicht möglich. Die Absicht, den Ladigesschen Wohnblock Ecke Bismarck- und Hindenburgstr. wieder herzurichten, konnte nicht verwirklicht werden. Vom Kreisbauamt wurde jedoch in den letzten Tagen die Zusage gemacht, dass voraussichtlich die Baustoffe für 1/3 des Wohnblocks bereitgestellt werden könnten.

Mit der Schutt- und Trümmerbeseitigung in den Strassen wurde fortgefahren. Die anfallenden Trümmer wurden zur Befestigung der Feldwege verwandt. Die Beseitigung der restlichen Trümmer würde nur noch kurze Zeit in Anspruch nehmen, wenn Arbeitskräfte und Fuhrwerke zur Verfügung ständen. Mit Einwilligung der Firma J.D.Möller wurde ein Teil der früheren Zuckerfabrik enttrümmert. Die noch brauchbaren Steine werden zum Neubau der Siedlungshäuser auf dem Reiterplatz beitragen. Das sonstige Trümmergut wird von den Wedeler Betonwerken verwertet.

Weiterhin wurden die Vorarbeiten für die Erweiterung des Krankenhauses, den Anbau im Spritzenhaus Beekstr. und den Neubau von Abortgebäuden bei den beiden Volksschulen in Angriff genommen. Soweit das Baumaterial hierfür nicht bereits zur Verfügung steht, wurde die Bereitstellung für das kommende Quartal vom Kreisbauamt in Aussicht gestellt. Es kann daher damit gerechnet werden, dass wenigstens die kleineren Vorhaben noch in diesem Jahre ausgeführt werden.

Seit Jahren ist der Zustand der Rissener-Str. und der hauptsächlichsten Ortstrassen Gegenstand mehrfacher Erörterungen gewesen. Eine grundlegende Verbesserung der Strassendecken war jedoch wegen Materialmangel nicht möglich. Nunmehr hat die Firma Block, Hamburg, die Instandsetzung der Rissener-Str. in Auftrag genommen. Mit einer baldigen Erneuerung der Strassendecke ist zu rechnen. Soweit dann im Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr noch Mittel zur Verfügung stehen, werden auch die Hauptstrassen einer Überholung unterzogen werden.

Die Turnhalle Bergstrasse konnte zum grössten Teil wieder aufgebaut werden. Der Innenausbau der Halle, der Aufenthaltsraum und Umkleiraum konnte jedoch noch nicht bewerkstelligt werden, da Baustoffe hierfür nicht vorhanden sind. Der Sportplatz wurde wieder hergerichtet und seiner Zweckbestimmung ~~wieder~~ übergeben. Ebenso konnte das Jugendheim in der Höbuschentwiete unter erheblichen Schwierigkeiten soweit wieder hergestellt und eingerichtet werden, dass es den Jugendorganisationen im Juli d.J. übergeben werden konnte.

Das ehemalige Biesterfeld'sche Hofgrundstück an der Bahnhofstr. wurde in Bauplätze aufgeteilt. Ein Bauplatz wurde vergeben. Am Breiten Weg wurde durch einen Geländetausch mit dem Landwirt Heinrich Alpers neues Baugelände aufgeschlossen und ~~zum Teil bereits~~ vergeben.

Für die Einrichtung von Kleingärten wurden aus städtischem Grundbesitz 4,5 ha. zur Verfügung gestellt. Im nächsten Monat werden weitere 5,5 ha. ausgelost werden. An den Fuhrunternehmer Peter Höpermann wurde die Ausbaggerung des Wedeler Hafens vergeben. Der gewonnene Schlick wird den hiesigen Kleingärtnern als Dünger überlassen.

An Planungen für die Zukunft schweben noch der Bau einer Volks- und Mittelschule, die Übernahme des Marinegeländes durch die Stadt, der Bau eines Fischereischutzhafens und die Einrichtung eines neuen Sportplatzes an der Beekstr.

Ans

B. Veri... 185.
 ... 62.
 ... 123.

...
 85 ...
 38 ...
 9 ...
 17 ...
 3 ...
 18 ... (Häpfer, Alenke etc.)

...
34.9.11	35	465	2,2	22300	2780	3,6	16.000	2,5	

Wedel i.H., den 22. September 1947.

An

I/1.

Lagebericht des Bezugscheinamtes.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 16. 6. 1947 war die Annahme von Anträgen auf Spinnstoffwaren, Schuhwaren und Hausrat bis zum 31. 7. 1947 gesperrt. Leider ist auch heute noch keine Möglichkeit gegeben Anträge wieder entgegen zu nehmen, da die neue Punktregelung immer noch nicht erfolgt ist. Mit der neuen Punktmarke- es ist ein loses Punktverfahren geplant- ist ev. erst im September / Oktober 1947 zu rechnen. Es wird deshalb für zweckmässig gehalten, die Antrags- annahmesperre solange auszusetzen, bis das Punktverfahren geregelt ist. Mit dem Verteiler-Beirat ist Rücksprache gehalten und ist dieser mit dem Vorschlag einverstanden. Das Bezugscheinamt prüft z.Zt. die Vielzahl der bisher eingegangenen Anträge auf Spinnstoff- und Schuhwaren sowie Hausrat. Die für besonders dringende Fälle und Beschwerden an jedem Dienstag von 8,30 bis 11 Uhr angesetzten Sprechstunden des Verteiler-Beirates sind ab 29. Juli 1947 wegen Kontingentsmangel ausgefallen.

In der Zeit vom 27. Juni 1947 bis heute sind zur Verteilung gekommen:

Schuhwaren für Männer, Frauen und Kinder	852	Bezugsmarken
an Fahrraddecken	26	"
an Fahrradschläuchen	26	"

Bezugsmarken für Spinnstoffwaren wurden ab Monat Mai 1947 nicht zugeteilt.

Aus einer Spende gelangten folgende Sachen zur Verteilung:

190	Teile für Männer,	
- 48	Kragen für Männer,	
- 459	Teile für Frauen,	
22	Kopftücher,	
- 400	Teile für Kinder,	
11	Paar gebrauchtes Schuhwerk aller Art für Männer,	
40	" " " " " " Frauen,	
34	" " " " " " Kinder,	
50	Stück Babywäsche,	
- 15	" Rasierapparate,	
1 000	" Hornbecher,	
200	" kl. Löffel,	
250	" Tassen u.	
250	" Untertassen.	

An Hausrat gelangten zur Verteilung:

100	Stück Essnapfe,	
170	" Teller , (flach),	
380	" Teller , (tief)	
60	" Obertassen,	
40	" Untertassen,	
100	" Milchbecher,	
14	" Kaffeekannen,	
110	" Kochtöpfe,	
85	" Schüsseln,	
16	" Bratpfannen,	
94	kg. Ofenrohr	
70	Stück Gabeln und	
1 120	" Löffel.	

b.w.

Weiterhin wurden ausgegeben:

43 Bezugsmarken für Stühle (Flüchtlingsnotprogramm),
50 Berechtigungsscheine über Fischhautschuhe (Fa. Marxsen) und
377 Stück Bezugsmarken für Windeln., ferner
400 Stück Rillengläser (Fa. Duggen),
8500 Konservendosendeckel (Fa. Carl Heinrich) und
750 Konservendosen mit Deckel (" "), die am Donnerstag,
dem 25. September 1947 ausgegeben werden.

I.A.:

Heinrichs.